

Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR

Fritz, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fritz, W. (1997). Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR. *Historical Social Research*, 22(3/4), 300-357. <https://doi.org/10.12759/hsr.22.1997.3/4.300-357>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

DATA & ARCHIVES

Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR

*Wolfgang Fritz**

Abstract: This article offers a survey on the following items: Requirement of data and general data situation, accuracy of statistical data, definition of terms, specific characteristics of the statistic of labor force of the DDR, acquisition of data, data collection and data handling, data collection and its characteristics, possibilities of access to data and specific characteristics of data processing. The articles closes with a documentation to the statistic of labor force of the DDR (among other items, material regarding the data survey and backward calculation).

Datenbedarf und allgemeine Datenlage

Knapp 41 Jahre hat die Deutsche Demokratische Republik (DDR) existiert, vom 3. Oktober 1990 an ist sie Geschichte. Seither wurde sie in hohem und wohl auch zunehmendem Maße zum Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaftler. Der Verband der Historiker Deutschlands sah auf seiner Mitgliederversammlung im September 1994 dabei folgende Forschungsthemenkomplexe als vordringlich an (Mitteilungsblatt 1995, S. 32):

- „- die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Teil Deutschlands aus historischer Sicht (und)
- die Funktion und Wirkungsweise einer sozialistischen Planwirtschaft im Vergleich zu einer sozialen Marktwirtschaft.“

Wirtschaftswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Aspekte sind damit gleichermaßen angesprochen. Mithin steht auf dem Gebiet der Beschäftigung nicht nur die Beschäftigungssituation, sondern ebenso die Situation der Beschäftigten im Mittelpunkt des Forscherinteresses, natürlich im Zusammenhang mit dem gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Eine Reihe

* Address all communications to Wolfgang Fritz, Herzbergstr. 7, D-10367 Berlin.

von Forschungseinrichtungen hat sich der Bearbeitung entsprechender Projekte zugewandt, so u.a. das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Um einige Themen herauszugreifen, sei hier exemplarisch auf die Arbeiten von Janke/Ebert (1992) und Hülser (1996) zur Berufstätigkeit von Frauen, die Veröffentlichungen von Rudolph (1990) und Ludwig (1994) zu Beschäftigungs- bzw. Arbeitsplatzstrukturen und die Ausarbeitung von vergleichbaren Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaften der DDR und der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987 (Ludwig/S. täglich/Stahmer 1996) hingewiesen. Gegenwärtig arbeiten beispielsweise das DIW und das IWH zusammen mit dem Statistischen Bundesamt (StBA), Zweigstelle Berlin an dem Projekt „Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945“, während das ZZF sich u.a. mit der Arbeiterschaft sowie mit der Sozialgeschichte des Industrie-Managements in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1945 bis 1990 befaßt. Schließlich soll noch auf die von Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern herausgegebene Buchreihe „Am Ende des realen Sozialismus, Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren“ verwiesen werden, deren erste beiden Bände im September 1996 im Verlag Leske und Büdlich, Leverkusen, erschienen sind. In dieser Reihe sollen bis Ende 1998 sechs weitere Bände aufgelegt werden, u.a. ein Band mit dem Arbeitstitel „Sozialpolitik und soziale Lage der DDR-Bevölkerung in den 80er Jahren“ mit einem Beitrag zur Sozialstruktur (einschließlich Qualifikationsstruktur) der Beschäftigten in der DDR.

Der Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung führte 1994 eine Bestandsaufnahme der laufenden Forschungen zur DDR-Geschichte durch. Es ergab sich eine Zahl von 759 Forschungsprojekten, darunter immerhin 68 zu sozialgeschichtlichen Themen (Kleßmann/Sabrow 1996, Seite 3). Auch auf dem 41. Deutschen Historikertag stand die DDR im Mittelpunkt einiger Sektionen. Mehrere Vorträge waren der Sozialgeschichte Ostdeutschlands gewidmet. In diesem Zusammenhang wurden in einem von Hübner (ZZF) ausgearbeiteten Vortrag auch statistische Probleme behandelt (Kellerhoff 1996). Dennoch wird von Kleßmann/Sabrow resümiert, daß „das Defizit an solider sozialhistorischer Forschung ... immer noch beträchtlich“ sei (1996, Seite 10).

Das bisher Gesagte verdeutlicht den hohen Bedarf an statistischen Daten aus der amtlichen Statistik der DDR, nicht zuletzt, oder vielleicht sogar insbesondere über Beschäftigung und Beschäftigte.

Allein dazu waren im Jahre 1994 von dem zuständigen Bereich in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes 60 Anfragen zu bearbeiten. Darüber hinaus erscheint die Vermutung durchaus zulässig, daß sich der Informationsbedarf in den kommenden Jahren mit an Sicherheit grenzender Wahr-

scheinlichkeit noch ausweiten wird. Zum einen wird sich diese Ausweitung aus der Aufarbeitung der bestehenden Forschungsdefizite ergeben. Andererseits wird sich der Drang zur Erforschung der Geschichte der DDR umso mehr verstärken, je weiter der Existenzzeitraum der DDR in die Vergangenheit ent-rückt.

Gemessen an dem hohen Bedarf an statistischen Daten erscheint bei zunächst flüchtiger Betrachtung das Datenangebot wenig zufriedenstellend. Die begründete Befürchtung der Parteiführung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), daß eine rückhaltlose Offenlegung der Ergebnisse der Erhebungen der amtlichen Statistik es der Bevölkerung der DDR und dem Ausland ermöglichen würde, sich über die eigenen Erfahrungen hinaus mittels statistischer Daten ein realistisches Abbild der gesellschaftlichen Gegebenheiten und Entwicklungen schaffen zu können, führte, besonders ab Anfang der siebziger Jahre, zu einer Minimierung der Öffentlichkeitsarbeit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS). So beschränkte sich die Veröffentlichung statistischer Daten auf das Statistische Jahrbuch, dessen Inhalt ab dem genannten Zeitraum zunehmend durch die Parteiführung der SED beeinflußt und schließlich durch entsprechende Vorgaben bestimmt wurde (sieht man einmal vom Statistischen Taschenbuch ab, das ja lediglich einen Extrakt aus dem Statistischen Jahrbuch darstellte). Ebenso kann man von den in der Zeitschrift Statistische Praxis veröffentlichten Monatszahlen abstrahieren, da diese Fachpublikation auf Weisung der Parteiführung der SED Anfang 1979 eingestellt werden mußte; das letzte Heft erschien im Februar. Welch hochgradige Beschränkung hinsichtlich der Veröffentlichung statistischer Daten die ausschließliche Publizierung im Statistischen Jahrbuch bedeutete, soll am Beispiel des Jahres 1989 verdeutlicht werden. Mit den Berichterstattungen über Beschäftigung und Beschäftigte wurden in jenem Jahr Daten zu 725 Kennziffern¹ (Kennzahlen) erfaßt, lediglich 5,2% davon wurden jedoch im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht. Auch die stark restriktive Verteilerpolitik trug zur Verknappung verfügbarer Daten bei. So wurde unter dem Druck der Parteiführung der SED der Empfängerkreis für die Ergebnisse der einzelnen Erhebungen auf wenige Staatsorgane beschränkt, wissenschaftliche Einrichtungen blieben in aller Regel ausgeschlossen.

¹ Ohne Planangaben und ohne Berücksichtigung der Periodizität. Der Begriff Kennziffer war als „charakteristisches Ausdrucksmittel (definiert) ... um die Einheit von Qualität und Quantität (von)... Massenerscheinungen widerzuspiegeln. In den K. sind die Eigenschaften der Einzelercheinungen verallgemeinert; deshalb zeigen sie notwendige Zusammenhänge, das Allgemeine aller oder einer Gruppe von Einheiten. K. sind im Ergebnis ihrer Bestimmung Einheit von Begriff und Zahl. Die begriffliche Seite einer Kennziffer umschließt die Definition nach Abgrenzung der untersuchten ... Erscheinung sowie die Begriffsbestimmung der Quantität und der Maßeinheit. ..." (Donda 1987, Seite 234).

Im gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung, schwerpunktmäßig aber in den Jahren 1992 und 1993, wurden in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes umfangreiche Arbeiten zur methodischen Vergleichsbarmachung von Erhebungsergebnissen der amtlichen Statistiken der ehemaligen beiden deutschen Teilstaaten durchgeführt (Rückrechnung). Dabei waren die Daten aus Erhebungen der amtlichen DDR-Statistik hinsichtlich Definitionen und Klassifikationen auf die für die BRD-Statistik geltenden Regelungen umzurechnen und, soweit notwendig und möglich, in der Länderstruktur darzustellen. Die Ergebnisse der Rückrechnungen auf dem in dieser Arbeit betrachteten Spezialgebiet wurden in Heft 14 der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR veröffentlicht (StBA 1994). Zwar war der Umfang der Rückrechnungsarbeiten an den dringenden Bedürfnissen, insbesondere für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, orientiert, gleichzeitig aber wurde er durch kapazitive wie methodische Möglichkeiten und durch die Datenlage begrenzt. Es ist daher nur natürlich, daß der Bedarf an statistischen Informationen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der DDR diesen Umfang beträchtlich übersteigt.

Angesichts der skizzierten Sachlage stimmt es wenig optimistisch, wenn man bei Rathje liest, „arbeitsmarktstatistische Daten über die ehemalige DDR (sein) seit der Wiedervereinigung nur noch in begrenztem Umfang verfügbar“ (1996, Seite 113). Geht man einmal davon aus, daß hier eine irrtümliche Begriffsverwendung vorliegt¹ und statistische Daten aus Erhebungen in der DDR über Beschäftigung und Beschäftigte in Rede stehen, so muß nachdrücklich widersprochen werden. Gerade nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten steht, insbesondere im Archiv der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes, ein großer Fundus an statistischen Daten, meist in Form von Originalergebnissen einzelner Erhebungen, aber auch in Form von Sammelbänden und anderen Querschnittsdarstellungen unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zur Verfügung.

In einer von der Mitgliederversammlung des Verbandes der Historiker Deutschlands während des 40. Historikertages verabschiedeten Resolution wird daher gefordert, die vorliegende Fülle statistischer Daten zu sichern, zu dokumentieren und sachkundig zu erschließen (Mitteilungsblatt 1995, S. 31f.). Was nun den Umfang der bisherigen Nutzung des vorliegenden und allgemein zugänglichen Materials anbelangt, so steht dieser augenscheinlich im Widerspruch zu dem bestehenden Bedarf und kann nur als unbefriedigend beurteilt

¹ Eine andere Deutung erscheint nicht möglich. Die Arbeitsmarktstatistik umfaßt Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit über Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, berufliche Förderung, Leistungen bei Arbeitslosigkeit und zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, über Streiks etc. (Vogel/Grünwald 1996, Seiten 27/28). Sie ist in weiterem Sinne Bestandteil der Statistiken der Erwerbstätigkeit. Über die ehemalige DDR können arbeitsmarktstatistische Daten also nicht vorliegen. Eine derartige Statistik hatte erst nach der Wiedervereinigung ihre Berechtigung und wurde auch (für das Gebiet der ehemaligen DDR) eingeführt.

werden. Als ein Indiz dafür mag gelten, daß beispielsweise 1994 trotz der bereits erwähnten hohen Zahl der in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes zu bearbeitenden Rückfragen auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Beschäftigten sich die Zahl der Nutzer des Archivs der Zweigstelle zum gleichen Sachgebiet im einstelligen Bereich hielt.

Erschwerend für den Zugang zu dem vorliegenden umfangreichen Datenmaterial wirkt sich sicher aus, daß in der DDR die Dokumentation der amtlichen Statistik stark vernachlässigt wurde und es auch nach der Wiedervereinigung kaum entsprechende hilfreiche Veröffentlichungen gab. Hinsichtlich allgemeiner Beschreibungen kann u.a. auf Hagn (1996) und Fischer (1994) sowie auf die Arbeiten von Güttier³ (1990, 1992, 1996) verwiesen werden. Gesamtdarstellungen über das hier behandelte Teilgebiet sind, mit Ausnahme der am Ende dieser Arbeit noch vorzustellenden (Fritz u.a. 1996), nicht bekannt. Teilbeschreibungen findet man bei Dietz/Rudolph (1990) sowie im bereits erwähnten Heft 14 der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR (StBA 1994, Seiten 7 ff. und Seiten 52 ff.). Dort, wo der potentielle Nutzer statistischer Daten der amtlichen Statistik der DDR am ehesten zweckdienliche Informationen erwarten könnte (Vogel/Grünewald 1996), wird er enttäuscht. Die Autoren des Lexikons der Bevölkerungs- und Sozialstatistik haben im Vorwort ihr Bemühen hervorgehoben, Begriffe, Konzepte und Methoden so darzustellen, daß Wissenschaftler und andere Nutzer „in der Lage sind, das Gebiet der Bevölkerungs- und Sozialstatistik zu verstehen und die verfügbaren Daten adäquat zu nutzen“ (Seite V). Weshalb aber wird so viele Jahre nach der Wiedervereinigung dabei die amtliche Statistik der ehemaligen DDR völlig ignoriert und nicht auch gerade auf einem Gebiet Wissen zur Handhabung im zitierten Sinne angeboten, auf dem ein besonderer Nachholbedarf besteht? Über denkbare Motivationen soll hier nicht spekuliert werden, es bleibt lediglich, den bedauerlichen Fakt zu registrieren. Allerdings: auch Falschinformationen sind wenig nützlich. Wenn beispielsweise Rathje den Datenspeicher Berufstätigenerhebung (gemeint sind hier auf maschinenlesbaren Datenträgern vorliegende Meldedaten der Unternehmen) als personenkonkreten Arbeitskräfteatenspeicher bezeichnet (1996, Seite 115), so kann das beim Suchenden durchaus zu Irritationen führen.

³ Allerdings ist kritische Aufmerksamkeit angebracht. So behauptet z.B. Güttier in seinem Beitrag für das Buch Grenzen der Kontrolle (1996, Seite 261), 23 000 Betriebe hätten monatlich 250 Berichterstattungen auszufüllen gehabt. Insgesamt gab es aber 1989 lediglich 239 Berichterstattungen (SZS 1988), darunter 69 monatliche (und in dieser Zahl ist z.B. auch die monatliche Aufbereitung der Zählkarten über Lebendgeborene im Rahmen der Bevölkerungsstatistik enthalten). Denkbar ist, daß Güttier hier mit der Zahl der Formblätter (Erhebungsbogen) gearbeitet und dabei übersehen hat, daß eine Berichterstattung verschiedene Formblätter, meist für unterschiedliche Berichtspflichtigenkreise und/oder Periodizitäten umfassen kann. So hatten beispielsweise in der Arbeitskräfteberichterstattung 1989 die Handelsbetriebe im 1. und 2. Monat eines Quartals auf Formblatt 051-31, im 3. Quartalsmonat auf Formblatt 051-3 abzurechnen.

Die vorurteilsfreie Nutzung der reichhaltig vorhandenen Datenfonds setzt Kenntnisse über die amtliche Statistik der DDR sowie über die Datenlage, nicht zuletzt aber auch begründetes Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Daten voraus. Die vorliegende Arbeit soll im Dienste einer erfolgreichen Forschung einen Beitrag dazu leisten, all dies zu fördern.

Glaubwürdigkeit der statistischen Daten

Wenn es um die Glaubwürdigkeit⁴ der Daten aus der amtlichen DDR-Statistik geht, so reicht in schriftlichen Verlautbarungen wie mündlichen Meinungsäußerungen das Spektrum der Urteile von globaler Verunglimpfung bis zu unkritischer Apologetik. Dazwischen sind Vorurteile und Fehltritte immer noch recht verbreitet, Unwissenheit führt zu Unsicherheit und all das hemmt den zielstrebigem und zielsicheren Umgang mit Vorhandenem, so dessen Existenz überhaupt bekannt ist. Das Problem soll hier mit einiger Ausführlichkeit behandelt werden, hat es doch für potentielle Nutzer grundsätzliche Bedeutung. Es geht schlicht um die Frage: sind die Daten brauchbar?

Eine Reihe erfahrener, profilierter Autoren hat sich zu dieser Frage bereits geäußert. Sehr schnell mußte das Statistische Bundesamt eine Antwort finden, denn einerseits wurde es als fachlich zuständiges Organ primär mit der Problematik konfrontiert und andererseits waren die geplanten und dringend erforderlichen umfangreichen Rückrechnungen nur dann sinnvoll, wenn die entsprechenden Prüfungen positiv ausfielen. Aus diesem Grunde führte das Statistische Bundesamt im Produzierenden Gewerbe, im Einzelhandel und in der Landwirtschaft Untersuchungen durch. Das Ergebnis der Studie wurde anläßlich eines Pressegesprächs am 11. April 1991 in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt. In seinem Statement konnte der damalige und langjährige Präsident des Statistischen Bundesamtes summarisch feststellen, daß die Statistik im wesentlichen die Realität nachzeichnete (Holder 1992, Seite 304). An anderer Stelle bekräftigte Holden „Die DDR-Statistik hat die Wirklichkeit im wesentlichen widergespiegelt, war realistisch in der Nachzeichnung von Entwicklungen“ (Seite 310). In einem Vortrag auf der 62. Jahreshauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 26. September des gleichen Jahres stellte Rockel fest, „daß in der überwiegenden Zahl der Fälle die erfaßten Daten - unter Berücksichtigung der vorgegebenen Definitionen - im wesentlichen der Realität entsprachen“ und schlußfolgerte daraus: „die Datenlage und die Kenntnis der Methodik der Kennziffern erlaubten es also den Statistikern der SZS durchaus, ein realistisches Bild der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR zu zeichnen“ (1992, Seite 7). Dieser Auffassung schloß sich Lachnit,

⁴ Gelegentlich wird auch der Begriff Validität im Sinne von Meßgenauigkeit der Statistik verwandt. Angesichts der Vielfältigkeit der Problematik erscheint er aber hier zu eng.

unter dessen unmittelbarer Leitung der Großteil der Rückrechnungsarbeiten durchgeführt wurde, in seinem Beitrag auf der Statistikertagung im Mai 1992 in Berlin an (1993, Seite 65). Schließlich kam auch Angermann, zeitweilig Leiter der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes und erfahrener Kenner der amtlichen Statistik der DDR, zu keinem anderen Ergebnis (1994, Seite 342). Völlig zu Recht wird von Fischer eine differenzierte Herangehensweise bei der Einschätzung der Zuverlässigkeit der Ergebnisse der einzelnen Sachgebiete der Statistik gefordert und sowohl vollständige Akzeptanz als auch pauschalierte Ablehnung verworfen (1994, Seite 609). Zusammenfassend aber stellt er fest: „Zur Ehrenrettung der Mehrzahl der in amtlicher Statistik Tätigen der DDR muß jedoch gesagt werden, daß ... ein umfassendes Datenmaterial... vorlag und die Sicherheit dieser Ausgangsdaten durchaus den an eine amtliche Statistik zu stellenden Forderungen entsprach" (Seite 607). Soweit das in den Grundzügen übereinstimmende Urteil kompetenter Fachleute.

Völlig unbeeindruckt davon zeigt sich von der Lippe. Von den rd. 500 Seiten seines 1996 in 5. Auflage erschienenen Standardwerkes „Wirtschaftsstatistik" widmete er immerhin 3 Seiten der amtlichen Statistik der DDR (Seiten 16 ff.). Dort wird ein meiner Meinung und meinen Kenntnissen nach völlig unrealistisches, ja abschreckendes Bild gezeichnet. Von (hier nicht zu kommentierenden) Einzelercheinungen der amtlichen Statistik der DDR wird auf die Gesamtheit geschlossen, nicht vordergründig, aber durch völlig undifferenziertes, einseitiges Herangehen und durch die Darstellungsweise. Oder welchen Eindruck soll man gewinnen, wenn man einen Satz liest wie diesen: „Über die krasse Fälschung hinaus bediente man sich in der DDR-Statistik so gut wie aller Manipulationsmöglichkeiten der Statistik" (Seite 18). Dagegen findet sich nicht der geringste Hinweis auf die Brauchbarkeit bestimmter Arbeitsergebnisse der amtlichen Statistik der DDR. Es ist völlig unverständlich, wie nach über einem halben Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung ein solches Globalurteil, entgegen vielfältig geäußerter Expertenmeinung und auch entgegen den bisher bei der Arbeit mit den Daten der amtlichen Statistik der DDR gesammelten Erfahrungen, noch aufrechterhalten werden kann. Letztendlich besteht insbesondere in der Vermittlung eines solchen Falschbildes im Rahmen der akademischen Ausbildung eine nicht zu unterschätzende Gefahr, führt doch die Verbreitung von Fehlurteilen ohne Zweifel zur Verunsicherung potentieller Nutzer und damit schließlich zur Behinderung der historischen Forschung. Das Gegenteil aber wäre wünschenswert.

Für das hier behandelte Spezialgebiet der Statistik kann in Übereinstimmung mit den angesprochenen allgemeinen positiven Einschätzungen zunächst grundsätzlich festgestellt werden, daß die vorliegenden Daten überwiegend den Ansprüchen an eine solide Statistik genügen und bei Kenntnis der methodischen und erhebungstechnischen Rahmenbedingungen eine solide Basis für eine erfolgreiche Forschung darstellen. Dieses Urteil wird nicht zuletzt gestützt durch die bei der Rückrechnung und bei den bisherigen Forschungen gesam-

melten Erfahrungen. Die Betriebe haben in aller Regel in dem gegebenen methodischen Rahmen ordnungsgemäß abgerechnet. Manipulationen durch die Organe der amtlichen Statistik gab es, sieht man von einer Ausnahme ab, nicht. Bevor auf die gemachten Einschränkungen näher eingegangen wird, sei in diesem Zusammenhang ein kleiner Exkurs gestattet. Häufig begegnet man der Auffassung, daß das gelegentliche Bestreben der Unternehmen, im Rahmen statistischer Erhebungen nicht wahrheitsgemäß zu berichten, ein spezifisches Leiden amtlicher Statistik in zentralisierten Planwirtschaften sei. Dem ist nicht so, wohl aber mag es in unterschiedlich organisierten Gesellschaften jeweils neben systemneutralen spezifische Motivationen geben. Allgemeingültig ist aber, was Winkler bereits 1931 feststellte: „Menschen sind eigennützig und bequem; sie machen falsche Angaben, wo sie irgendein eigenes Interesse berührt glauben und entziehen sich überhaupt gerne einer nicht für notwendig gehaltenen Arbeit" (Seite 156). „Die Menschen lügen auf allen Gebieten des Lebens, warum denn gerade nicht auf demjenigen der Statistik?" (Seite 160) Dem Statistiker aber sind Mittel in die Hand gegeben, die so hervorgerufene Beeinträchtigung der Wahrhaftigkeit dergestalt zu begrenzen, daß die Glaubwürdigkeit der Daten nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Die Statistiker der DDR haben davon gezielt und erfolgreich Gebrauch gemacht, was auch von der Lippe im Zusammenhang mit der Aufzählung von Leistungskriterien (der DDR-Statistik) für eine gute amtliche Statistik offensichtlich anerkennt (1996, Seite 17). Im Zusammenhang mit der Behandlung einiger Fragen der Technologie der amtlichen Statistik der DDR wird darauf noch eingegangen. Letztlich wird ein weiterer Aspekt der hohen Datensicherheit in Verbindung mit der Darstellung der Spezifika der Erwerbstätigenstatistik der DDR anzusprechen sein. Hier sei nur noch darauf verwiesen, daß es für die Unternehmen bei den Statistiken über Beschäftigung und Beschäftigte kaum eine Motivation für Falschmeldungen gab. Der Arbeitskräfteplan gehörte ja zu den wenigen Plananteilen, bei denen inhaltsbedingt eine Untererfüllung wünschenswert gewesen wäre, nicht zuletzt vielleicht auch im Sinne einer freundlicheren Darstellung der Produktivitätsentwicklung. Von Manipulationen in dieser Richtung hatten die Unternehmen jedoch keine Vorteile zu erhoffen, sondern durch den Zusammenhang von Abrechnung / Plan des Folgejahres / Bildung des Prämienfonds Nachteile zu befürchten - eine wirkungsvolle Prävention.

Auf drei Schwach- bzw. Gefahrenpunkte hinsichtlich der Qualität der Daten bzw. bei der Arbeit mit den Daten sei hier besonders eingegangen. Sie sind sowohl durch spezifische Motivationsstrukturen und Motivationsebenen, als auch hinsichtlich der unterschiedlichen Auswirkungen auf die Glaubwürdig- und Nutzbarkeit der statistischen Daten gekennzeichnet.

Zum Ersten einige Bemerkungen zum sogenannten x-Bereich. Man verstand darunter jene aus der Sicht der Parteiführung der SED sensiblen Teile der Gesellschaft, deren statistische Erfassung der amtlichen Statistik bis einschließlich 1988 prinzipiell untersagt war. Die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung

und die darauf fußenden veröffentlichten Daten enthalten also keine Angaben über den x-Bereich, was natürlich gleichermaßen auch auf alle anderen Erhebungen der hier behandelten Fachstatistik zutrifft. Angaben über die Beschäftigten in diesem Bereich sind lediglich unter Verwendung von Volkszählungsangaben rekonstruierbar. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1989, in dem auf der Grundlage von Beschlüssen des Politbüros der SED und des Ministerrates Teil-erfassungen durchgeführt wurden.⁵ Der Hintergrund dazu war, daß der x-Bereich auch nicht Gegenstand der zentralen Planung der Arbeitskräfte und der Nettogeldeinnahmen war. Da der nicht erfaßte Bereich inzwischen nahezu eine Dreiviertelmillion Erwerbstätige umfaßte, war die Wirksamkeit dieser Planteile von vornherein stark beeinträchtigt. Bestandteile des x-Bereiches waren:

- Ministerium für Nationale Verteidigung, Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Zivilbeschäftigte, Zivilschutz,
- Ministerium des Innern, Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug,
- Staatssicherheit
- Zollverwaltung,
- Staatsrat und Ministerrat einschließlich unterstellter Betriebe und Einrichtungen,
- Bereich kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel,
- Spezialbau Potsdam,
- SDAG Wismut,
- Parteien und deren Betriebe, gesellschaftliche Organisationen und
- Kirchen (nur Pfarrer, Priester, Bischöfe; Arbeiter und Angestellte wurden im Rahmen der Berufstätigenerhebung erfaßt).

Im Jahre 1989 waren lt. Rückrechnung in diesem Bereich 726,9 Tausend Erwerbstätige beschäftigt. Die wirtschaftssystematische Gliederung nach Rechenbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt folgende Strukturen (in Prozent):

Übriger Bergbau	5,9
Druckerei, Vervielfältigung	3,6
Bauhauptgewerbe	0,6
Großhandel	0,4
Verlagsgewerbe	1,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	20,2
Gebietskörperschaften	41,4
Soldaten	27,0

Die regionale Verteilung ergibt folgendes Bild (in Prozent):

⁵Näheres dazu findet man bei Fritz u.a. (1996), Ergänzungsband 3, Rückrechnungsmethodik.

Brandenburg	18,9
Mecklenburg-Vorpommern	16,1
Sachsen	21,9
Sachsen-Anhalt	11,5
Thüringen	14,3
Berlin (Ost)	17,3

Obwohl es dem Charakter der vorliegenden Arbeit widerspricht, wurden dennoch die obigen Daten hier dargestellt, weil naturgemäß der Bedarf nach derartigen Angaben sehr groß ist. Eines kommt noch erschwerend hinzu. Es war der amtlichen Statistik nicht nur die Erfassung, sondern auch jeglicher Hinweis auf die Nichterfassung einschließlich der präzisen Definition des x-Bereiches untersagt. So findet man eine einigermaßen treffende Beschreibung des Bereiches letztmalig im Statistischen Jahrbuch 1957 (SZS 1958, Seite 161). Ab 1962 findet sich in den Statistischen Jahrbüchern lediglich noch der Hinweis, daß Beschäftigte gesellschaftlicher Organisationen nicht enthalten seien (SZS 1962, Seite 167). Aber nicht nur die Publikationen, auch die Originalergebnisse enthalten keinerlei Hinweis auf die Nichterfassung des x-Bereiches, geschweige denn seine genaue Umschreibung. Genau genommen liegt hier eine zentrale Manipulation vor, und zwar in einer speziellen Erscheinungsform. Nicht Daten wurden gefälscht, sondern das dazugehörige Erfassungsfeld wurde bewußt falsch umrissen. Damit wurden statistische Angaben fehldeutbar, obwohl die Daten für die erfaßten Bereiche eine hohe Genauigkeit aufweisen. Es ist daher auch bei der Arbeit mit Originalergebnissen wichtig, stets die möglichen Konsequenzen für die Deutung der Daten zu bedenken und so sie nicht quantifizierbar sind, sie zumindest verbal zu umschreiben.

Ein Beispiel soll das verdeutlichen. Frerich/Frey bringen in ihrem Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland für die Jahre 1952 bis 1989 eine Tabelle über die Berufstätigen nach Eigentumsformen der Betriebe (1996, Seite 71). Daraus ergibt sich z.B. für das Jahr 1989 ein Anteil der in privaten Betrieben Beschäftigten von 4,8 Prozent. Dieser ohnehin geringe Anteil würde sich aber bei Berücksichtigung der Beschäftigten im x-Bereich noch weiter verringern, und zwar auf 4,4%. Ein Verweis auf mögliche Konsequenzen hinsichtlich der ablesbaren Aussagen bei Berücksichtigung des x-Bereiches fehlt jedoch. Nicht so bei Hülser. Hier wird bei der Analyse der Frauenerwerbstätigkeit richtig verbal auf die Auswirkungen der Nichterfassung des x-Bereiches hingewiesen, die sich aus dem niedrigen Frauenanteil in diesem Bereich ergeben. In der Tat sind die jeweiligen Abweichungen erheblich. So betrug der Anteil der Frauen an den Beschäftigten des x-Bereiches 1989 lediglich 18,9%. Für die Erwerbstätigen insgesamt ergab sich in der Rückrechnung ein Anteil der weiblichen Erwerbstätigen von 47 Prozent. Wäre nun der x-Bereich unberücksichtigt geblieben, so würde dieser Anteil um 2,3 Prozent höher liegen. Resümierend kann festgehalten werden, daß es sich bei der Handhabung des x-Bereiches in der amtlichen Statistik zwar um eine spezifische Form der Ma-

nipulation, zentral vollzogen, handelt, die Daten aber nicht verfälscht wurden und bei Kenntnis der Gegebenheiten durchaus aussagekräftig sind; Konsequenzen für die angestrebte Aussage sind, so sie sich überhaupt ergeben, größenordnungsmäßig oder zumindest tendentiell abschätzbar.

Völlig anders liegen die Dinge bei dem zweiten anzusprechenden Problemkreis. Hierbei handelt es sich um Kennziffern, die zur Darstellung des Standes und der Entwicklung der sozialistischen Rationalisierung herangezogen wurden. Derartige Kennziffern waren beispielsweise die Arbeitszeiteinsparung aus Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Gewinnung von Arbeitskräften für neue Aufgaben durch die Einsparung von Arbeitsplätzen oder die Arbeitsplatzum- bzw. Neugestaltung. Sie wurden außerhalb des statistischen Dienstes stark ideologisiert, seitens der Parteiführung der SED mit einer Bedeutung belastet, der sie nicht zu entsprechen vermochten. Somit handelte es sich letztendlich mehr um politische (wenngleich auch als solche unwirksame), denn um handhabbare ökonomische Kennziffern. Unter dem politischen Druck sowie dem Zwang zur Anpassung an die Planung⁶ kamen nur unzulängliche Definitionen zur Anwendung, die einen nicht zu akzeptierenden Spielraum für Manipulationen durch die Unternehmen ließen, zumal die Definitionsmängel auch nur ungenügende Möglichkeiten für die Primärdatenerfassung, für die Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik der Unternehmen boten. Trotz all dieser Mängel wurde die Leistungsbewertung der Unternehmen in hohem Maße mit der Erfüllung der Vorgaben zu den sogenannten Rationalisierungskennziffern verknüpft. Hinzu kamen z.T. überhöhte, unrealistische Planvorgaben. Aus all dem ergab sich eine überdurchschnittlich hohe Motivation zur Manipulation der Daten. Die Unternehmen machten schließlich auch in einem derartigen Umfang von den Manipulationsmöglichkeiten Gebrauch, daß die erhobenen statistischen Daten trotz aller Bemühungen der statistischen Organe kaum bzw. gar nicht (in Abhängigkeit von der Kennziffer) für solide Forschungen brauchbar sind. Fischer spricht sogar von ihrer absoluten Wertlosigkeit (1994, Seite 609).

Drittens müssen einige Bemerkungen zum Leitungs- und Verwaltungspersonal (LVP) gemacht werden. Diese Beschäftigtenkategorie wurde Ende 1974 in Verbindung mit der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten geboren und 1975 (erstmalige Erfassung) bzw. 1976 (Beginn der Gültigkeit der Rahmenrichtlinie lt. Gesetz) schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt.⁷ Zunehmend nun setzte sich die Erkenntnis durch,

⁶ Eine Globalisierung dieser Aussage ist nicht zulässig. Die bedingungslose Unterordnung der Statistik unter das Primat der Planung wurde nur unter ganz bestimmten Bedingungen (wie z.B. unter den hier geschilderten) zur bedauerlichen Praxis. Für die überwiegende Zahl der Kennziffern galt, daß den Ansprüchen solider statistischer Arbeit entsprechende Definitionen gemeinsam und einvernehmlich erarbeitet wurden. Dabei war die amtliche Statistik federführend.

⁷ Auf Besonderheiten, die vorrangig für die Arbeit mit den Griginalergebnissen von Belang sind, wird im Rahmen der Beschreibung der Beschäftigtengruppenerhebung noch eingegangen.

daß der Anteil des LVP an den Gesamtbeschäftigten zu hoch sei. Die gelegentlich anzutreffende Auffassung, es handele sich dabei lediglich um die Folgen der Planungsbürokratie, war nicht stichhaltig (so betrug 1988 in den Unternehmen der Industrieministerien der Anteil des im Arbeitsbereich Planung tätigen Verwaltungspersonals am Verwaltungspersonal insgesamt nur 5,8 Prozent). Das Problem war komplexer. Offensichtlich war die Produktivitätsentwicklung in der Verwaltung wesentlich langsamer verlaufen, als in der materiellen Produktion. Zudem waren die Leitungsstrukturen auf ihre Rationalität hin zu überprüfen. Ziel war in der Endkonsequenz die Freisetzung von (fälschlicherweise als unproduktiv bezeichnetem) LVP zugunsten des Einsatzes in der unmittelbaren Produktion. Die notwendige Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeiten stellte natürlich auch die amtliche Statistik vor bestimmte Aufgaben. Schließlich galt es u.a. Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten sichtbar werden zu lassen, Grundlagen für Normierungsarbeiten zu schaffen und die erreichten Effekte darzustellen. Zu diesem Zwecke war eine möglichst langfristige Stabilität der methodischen Regelungen sowie eine ausreichende Qualität der statistischen Daten zu sichern und die analytische Arbeit entsprechend auszurichten. All dies wurde im Prinzip getan. Dabei stieß man jedoch auf einige Schwierigkeiten. Sie wurden - und das ist eine der Besonderheiten gegenüber den ersten beiden Problemkreisen - zunächst einmal auf ministerialer Ebene produziert. Erstens wurde eine Reihe von Vorschlägen geboren, die Zuordnungskriterien zum LVP zu verändern und so durch Ausgliederung bestimmter Beschäftigten und ihre Zuordnung zu anderen Tätigkeitshauptgruppen formal das Volumen des LVP und seinen Anteil an den Gesamtbeschäftigten zu verringern. Derartige Vorschläge kamen z.B. bereits 1986 aus dem Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali (Fritz 1988, Seite 18). Zweitens wurde versucht, unter Umgehung der gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Verfahrensweise und der Definition zweigspezifische Regelungen in Kraft zu setzen. So hat das Ministerium für Bauwesen 1988 ohne Kenntnis und Zustimmung der Staatlichen Plankommission (SPK), der SZS und des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne (SAL) eigenmächtig für seinen Bereich neue, den verbindlichen Festlegungen widersprechende Zuordnungsvorschriften zum LVP herausgegeben. Dieser Manipulationsversuch hätte, wäre er nicht von den zuständigen Organen mit viel Aufwand unterbunden worden, zu einer fiktiven Senkung des Anteils des LVP an den Beschäftigten insgesamt geführt. Schließlich war durch die SZS gegenüber den Unternehmen nicht nur gegen die Folgen des gesetzwidrigen Tun's einzelner Ministerien, sondern auch gegen die nicht gerade seltenen Manipulationsversuche der Unternehmen selbst anzukämpfen. Zwei Faktoren spielen hier eine Rolle. Zum einen nahm der über die Volkswirtschaftsplanung auf die Unternehmen ausgeübte Druck auf die Verminderung des LVP insbesondere Mitte der achtziger Jahre ständig zu, zumal die bis dahin erreichten Einsparungen nicht zufriedenstellend, ja sogar rückläufig waren. So ergaben sich im Jahresvergleich der Anteile des LVP an den Gesamt-

beschäftigten für die Unternehmen der Industrieministerien folgende Werte (jeweils Abweichungen zum Vorjahr):

1982	-0,6
1984	-0,5
1985	-0,3
1986	-0,1

Zum anderen war die Qualität der Planung unzureichend. Die Planvorgaben wurden oft rein formal und unter dem Eindruck einer zentral ausgelösten, wissenschaftlich völlig unbegründeten, blinden Senkungseuphorie häufig überhöht festgelegt und animierten so die Unternehmen zur Vortäuschung einer Scheinerfüllung derartiger Vorgaben mittels vielfältiger Verstöße gegen die Abrechnungsvorschriften. Der wissenschaftliche Vorlauf für eine fundierte Planung war ungenügend. Vorstellungen über das Limit, bis zu dem eine Senkung des LVP überhaupt ohne Negativwirkung für die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen möglich wäre, erst recht nicht über ein anzustrebendes Optimum, gab es nicht und entsprechende Forschungsthemen wurden nach Kenntnis des Autors auch nicht bearbeitet.

Die Maßnahmen der SZS zur Bewertung und Begrenzung der Folgen der Manipulationsversuche waren vielfältig und nach Einschätzung des Autors auch zum Großteil erfolgreich. Sie reichten von der Ausarbeitung wissenschaftlicher Studien (Fritz 1988) bis zu den verschiedensten praktischen Schritten und ballten sich zwangsweise gegen Ende der achtziger Jahre. So wurden für den Zeitraum vom 1.1. bis 31.3.1988 von 8,2% der Unternehmen der Industrieministerien schriftliche Begründungen zum Rückgang des LVP abgefordert. 50% der Begründungen ergaben eine ordnungsgemäße Abrechnung, bei 7% wurde die Bereinigung einer bisherigen Falschzuordnung nachgewiesen und 43% der Begründungen ergaben eine Falschabrechnung (berechnet nach SZS Juni 1988, Seite 2). Ein ähnliches Ergebnis brachte eine im August 1988 in 53 Betrieben verschiedener Bereiche der Volkswirtschaft durchgeführte Sondererhebung (Güttler 1992, Seite 87). Hier ergaben sich 57% der Verminderung des LVP als durch gesetzwidrige Zuordnungen verursacht. So beeindruckend diese Zahlen auch sind, so dürfen sie jedoch keinesfalls verallgemeinert und zur Beurteilung der Aussagekraft aller erhobenen Daten herangezogen werden. Abgesehen davon, daß sich die zitierten Überprüfungen auf Erfassungen im Jahr bezogen, nicht aber auf Jahresenddaten (da hatten sich die im laufenden

⁸ Es wurde hier mit den Werten der Jahreserhebungen (auf der Basis der Angaben in Vollbeschäftigteneinheiten), nicht mit Nacherhebungswerten gerechnet. Die Nacherhebungen für das jeweilige Vorjahr schließen strukturelle und methodische Veränderungen aus und würden demzufolge auch etwaige vorgenommene Manipulationen verdecken. Aus diesem Grunde konnte auch der Wert für 1983 (-1,4) nicht mit eingereicht werden, da in diesem Jahr methodische Veränderungen wirksam wurden, auf die in Verbindung mit der Beschreibung der Beschäftigtengruppenerhebung noch eingegangen wird; Näheres zur Nacherhebung in Fußnote 24.

Jahr eingeleiteten Maßnahmen in aller Regel bereits positiv ausgewirkt und nur Jahresdaten sind heute prinzipiell noch von Interesse), verbietet das für die Überprüfungen der Betriebe angewandte Auswahlverfahren eine Verallgemeinerung. Nicht eine Stichprobe wurde vorgenommen (schon gar keine repräsentative), sondern die Fehlervermutung war für die Betriebsauswahl entscheidend, wobei man zusätzlich noch bemüht war, Extremfälle einzubeziehen, um bei ihrer Korrektur die größtmögliche positive Wirkung auf die Wahrhaftigkeit des Gesamtergebnisses zu erzielen. Dies scheint gelungen. Im Gegensatz zu den sogenannten Rationalisierungskennziffern ist beim LVP keine generelle Entwertung der statistischen Daten durch die verschiedenen Manipulationsversuche eingetreten. Man kann sagen, daß die Ergebnisse bis etwa 1987 durchaus solide sind. Für 1988 und 1989 ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild. In diesen Jahren muß zumindest auf niedriger Aggregationsebene und bei mikroökonomischer Betrachtung die Gefahr von Falschmeldungen ins Kalkül gezogen und die mögliche Auswirkung auf das Betrachtungsergebnis eingeschätzt werden. Bei makroökonomischer Betrachtungsweise erscheinen die Daten zu Großteilen brauchbar, nur in Einzelfällen bleiben berechtigte Zweifel. Zur Illustration einige Angaben für die Unternehmen der Industrieministerien.

Ministerium	Differenz des Anteils des LVP an den Gesamtbeschäftigten zum Vorjahr ⁸⁾			
	1986	1987	1988	1989
Kohle und Energie	- 0,1	- 0,5	0,7	- 0,8
Erzbergbau, Metallurgie u. Kali	- 0,1	- 0,6	- 0,5	- 0,6
Chemische Industrie	0,3	- 0,4	- 0,6	- 0,8
Elektrotechnik u. Elektronik	- 0,2	- 0,6	- 1,2	- 0,7
Schwermaschinen- u. Anlagenbau	- 0,2	- 0,2	- 1,4	- 0,4
Werkzeug- u. Verarbeitungs- maschinenbau	- 0,1	0,1	- 0,8	- 0,6
Leichtindustrie	0,0	- 0,3	- 0,8	- 0,6
Allgemeiner Maschinen-, Land- maschinen- u. Fahrzeugbau	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,7
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,7
Glas- und Keramikindustrie	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Geologie	- 0,5	- 0,8	- 0,7	- 0,7
Ministerien insgesamt	- 0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,7

Begriffsabgrenzung

In den bisherigen Darlegungen wurde der Begriff Erwerbstätigenstatistik stets durch mehr oder weniger treffsichere Umschreibungen zu ersetzen versucht. Das war zunächst unumgänglich, da die **Undefinierte** Begriffsverwendung etwas suggeriert hätte, das es in der amtlichen DDR-Statistik genau genommen gar nicht gab, weder per Definition, noch aus historischer Sicht (auf Letzteres

wird im folgenden Abschnitt noch etwas näher eingegangen). Primär ist in diesem Zusammenhang die Unterschiedlichkeit der Begriffe Berufstätige und Erwerbstätige hervorzuheben. Der in der BRD-Statistik gebräuchliche Begriff Erwerbstätige ist umfassender. Als Berufstätige wurden zwar alle im Arbeitsprozeß stehenden Personen bezeichnet, ohne jedoch im Gegensatz zu den Erwerbstätigen,

- den sogenannten x-Bereich (obwohl per Definition nicht ausgeschlossen),
- die Mütter **in der bezahlten Freistellung (entspricht Müttern im Erziehungsjahr)** und
- die Lehrlinge

einzubeziehen. Erwerbstätigenangaben für die DDR liegen also mithin nur dann vor, wenn die Angaben über Berufstätige durch Überwindung der definitorischen und erhebungsbezogenen Unterschiede vergleichbar gemacht wurden, so wie das z.B. im Rahmen der durch das StBA, Zweigstelle Berlin vorgenommenen Rückrechnung geschah (StBA 1994, Heft 14). Darüber hinaus ist bei allen Auswertungen auf eine saubere und zweifelsfreie Begriffsverwendung zu achten, da ansonsten die Gefahr von Fehlinterpretationen besteht. So arbeitet z.B. Schade die unterschiedlichen Begriffsinhalte nur unzulänglich heraus (1996, Seite 59), so daß bei den Zahlenangaben nicht eindeutig ist, ob es sich bei den Erwerbstätigen um rückgerechnete Daten handelt. Damit bleiben Interpretationsspielräume offen. In diesem Zusammenhang soll zur Illustration auch noch einmal auf die bereits zitierte Arbeit von Hülser über die Frauenerwerbstätigkeit eingegangen werden (1996). Während einerseits die Auswirkungen der Nichterfassung des x-Bereiches richtig beurteilt wurden (Seite 47), ist die unterschiedliche Handhabung hinsichtlich der Mütter in der bezahlten Freistellung übersehen worden. Daraus ergibt sich aber eine den Folgen der Nichteinbeziehung des x-Bereiches gegenläufige, teilkompensierende Tendenz. Einige Angaben zum Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen insgesamt für das Jahr 1989 sollen das verdeutlichen:

- Anteil lt. **Ergebnissen der Rückrechnung** **47,0%**,
- wäre nur der x-Bereich nicht berücksichtigt worden, hätte der Anteil 49,3% betragen,
- hätten dagegen nur die Mütter in der bezahlten Freistellung keine Berücksichtigung gefunden, würde das zu einem Anteil von 46,3% geführt haben,
- die Nichtberücksichtigung beider Faktoren hätte einen Anteil von 48,6% zur Folge.

Gegenläufigkeit und Teilkompensation sind deutlich zu erkennen. Die Berücksichtigung beider Faktoren ist mithin unerläßlich; ob ihre Auswirkungen aber als erheblich oder nicht einzuschätzen sind, hängt vom Untersuchungsziel und anderen Faktoren ab.

Selbstverständlich ist auch beim Umgang mit den anderen, gleichsam nachgeordneten Begriffen des behandelten Sachgebietes der amtlichen Statistik der DDR und der der BRD Sorgfalt geboten. Keine Risiken gibt es bei der Verwendung zwar verschiedener, aber dennoch gleich definierter Begriffe (Lehrlinge/Auszubildende). Völlig anders hegen die Dinge z.B. bei dem Begriff Arbeiter und Angestellte, der, das kommt hier noch erschwerend hinzu, in den amtlichen Statistiken der ehemaligen beiden deutschen Teilstaaten gleichlautend verwandt wurde. Trotz gleichen Wortlauts wurden aber unterschiedliche Inhalte mit dem Begriff Arbeiter und Angestellte umrissen. Bei vergleichenden Betrachtungen sind daher einige Faktoren quantitativ oder in der Einschätzung ihrer Wirkung auf die angestrebte Aussage zu berücksichtigen. Erstens ist zu bedenken, daß sich alle methodischen Unterschiede der Begriffe Berufstätige und Erwerbstätige auch auf den nachgeordneten Begriff Arbeiter und Angestellte übertragen. Das heißt mit anderen Worten, daß die DDR-Angaben um die Zahl der Lehrlinge⁹, der Mütter in der bezahlten Freistellung (nur mit dementsprechenden Anteil) und der Berufstätigen im x-Bereich anzureichern sind. Zweitens sind die entsprechenden Daten der BRD-Statistik um die Beamtenzahlen zu ergänzen.

Der Begriff Erwerbstätigenstatistik entstand in Anlehnung an die Begriffswahl der BRD-Statistik. Dort gibt es ein Arbeitsgebiet Erwerbstätigkeit bzw. spricht man von Statistiken der Erwerbstätigkeit. Geprägt wurde er mit dem Beginn der Arbeiten an dem Katalog der Statistiken der ehemaligen DDR.¹⁰ Dabei wurde es für zweckmäßig erachtet, beim Aufbau und Erscheinungsbild des Kataloges, so es irgend möglich war, eine Analogie zu entsprechenden Veröffentlichungen der BRD-Statistik herzustellen. Damit war natürlich gleichzeitig eine weitgehendste Übernahme der Begriffswelt verbunden. Folgt man diesem Ansatz, so erweist sich folgende Definition für die weiteren Betrachtungen als zweckmäßig (entsprechend wurde auch bei allen Dokumentationsarbeiten verfahren).

Der Begriff Erwerbstätigenstatistik umfaßt all jene Erhebungen der amtlichen Statistik, deren Durchführung die Erfassung statistischer Daten ausschließlich oder überwiegend zur Erwerbstätigkeit und zu Erwerbstätigen zum Ziel hat." Aus dieser Definition ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen.

⁹ BRD-Angaben enthalten die Angaben über Auszubildende, wenn es nicht ausdrücklich anders angegeben ist. Im letzteren Fall ist selbstverständlich bei den Angaben aus der amtlichen Statistik der DDR analog zu verfahren.

¹⁰ Diese Arbeiten konnten bisher aus kapazitiven Gründen bedauerlicherweise noch nicht abgeschlossen werden. Dennoch liegen Teile der Dokumentation im zuständigen Bereich der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes zur Einsicht bereit.

¹¹ Diese Definition ist bei historischen Betrachtungen, also mithin auch bei solchen zur DDR-Statistik, dem Sinne nach anzuwenden, d.h. sie ist auf die im jeweiligen Land oder in der jeweiligen historischen Etappe gebräuchlichen Begriffe einzustellen (z.B. also bei Darstellungen der DDR-Statistik wäre „Erwerbstätige“ durch „Berufstätige“ zu ersetzen). Die Verfahrensweise ist legitim, da der Beobachtungsgegenstand bei

- Betrachtungsgegenstand ist ausschließlich das sogenannte zentralisierte, d.h. das von der SZS bzw. vom Statistischen Amt der DDR durchgeführte Berichtswesen. Das einem Genehmigungsverfahren unterliegende fachliche Berichtswesen bleibt unberücksichtigt. Allerdings hatte letzteres trotz aller, z.T. auch erfolgreichen Emschränkungsbemühungen einen bemerkenswerten Umfang. So führten 1989 auf den Gebieten Erwerbstätigkeit sowie Löhne und Gehälter 45 Organe (Ministerien, regionale Verwaltungen, wirtschaftsleitende Organe u.a.) insgesamt 130 auf ihre spezifischen Aufgaben bezogene und damit meist kleine Beobachtungsfelder betreffende Berichterstattungen durch.
- Bestandteil des fachlichen Berichtswesens (und damit ebenfalls per Definition nicht zu berücksichtigen) ist auch der Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen (GAV) mit seinen gleichsam ihm vorgelagerten Arbeitskräfte-datenspeichern der zentralen Staatsorgane. In diesen Datenspeichern wurde eine Reihe von Daten personenbezogen gespeichert und aktualisiert. Versuche der partiellen Nutzung dieser Angaben zur Einschränkung der amtlichen Erwerbstätigenstatistik schlugen wegen der Unvollständigkeit und mangelnder Aktualität der Angaben beim seinerzeitigen Entwicklungsstand des Speichers und seiner Pflege fehl. Die Gesamtverantwortung für den GAV lag beim SAL. Die Datei befindet sich im Bundesarchiv und enthält Daten über rd. 7,25 Millionen Berufstätige der ehemaligen DDR. Ausführliche Informationen über den GAV sowie über die für die Nutzung der Daten relevanten Fragen findet der Interessent bei Dietz/Rudolph (1990) und Rathje (1996).
- Der Erwerbstätigenstatistik ebenfalls nicht zugehörig sind die Volks- und Berufszählungen. Da sie in der DDR stets zusammen durchgeführt wurden, kann davon ausgegangen werden, daß diese Zählungen überwiegend bevölkerungsstatistischen Charakter haben. Über die in der DDR durchgeführten Zählungen liegen zahlreiche und umfängliche Dokumentationen vor, die alle in der Bibliothek der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes einzusehen sind (SZS 1979, 1983, 1984/StBA 1993, 1994/Richter 1996). Die Nichteinbeziehung der Volks- und Berufszählung in den Begriff der Erwerbstätigenstatistik soll und darf jedoch nicht verdecken, daß diese Zählung Quelle wichtiger Daten über die Beschäftigten war. Einerseits war sie die einzige Erhebung, die alle Beschäftigten erfaßte. Andererseits lieferte nur sie exakte Angaben über Beschäftigte nach dem Wohnortprinzip und über Pendler (siehe zu diesen beiden Punkten auch die Ausführungen zur Berufstätigenerhebung) sowie zu weiteren Merkmalen, beispielsweise zur Berufsstruktur.

aller jeweiligen Differenziertheit doch überwiegend gleich ist. Sorgloser Umgang mit Begriffen bei der Darstellung und Kommentierung von Zahlen kann jedoch dadurch keine Rechtfertigung finden.

- Da die Definition nur Erhebungen ganzheitlich (nicht auch Teile von Erhebungen) einschließt und das auch nur dann, wenn der dem definierten Begriff entsprechende Beobachtungsgegenstand in der jeweiligen Erhebung dominiert, sind mit Bereichsstatistiken erfaßte Kennziffern nicht in den Begriff der Erwerbstätigenstatistik impliziert.
- Aus dem gleichen Grunde werden andererseits mit Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik erfaßte sachfremde Kennziffern nicht aus den Betrachtungen ausgeschlossen. Das betrifft insbesondere die erarbeiteten Dokumentationen. Es handelt sich dabei u.a. um Kennziffern zum Einkommen, da die DDR-Statistik keine Trennung der Aufgabengebiete Erwerbstätigkeit einerseits sowie Löhne und Gehälter andererseits kannte (was aber nicht gleichzeitig bedeutet, daß es keine gesonderten Erhebungen zu Einkommensmerkmalen gegeben hat). Betroffen sind auch Kennziffern der Bildungsstatistik, so zur Erwachsenenaus- und **-Weiterbildung** sowie zum Absolventenzugang aus dem Direktstudium an Hoch- und Fachschulen.

Nach dem Stande von 1989 sind entsprechend der Definition folgende Erhebungen der amtlichen Statistik der DDR als der Erwerbstätigenstatistik zugehörig zu betrachten:

- Berufstätigenerhebung,
- Arbeitskräfteberichterstattung,
- Beschäftigtengruppenerhebung (zuletzt firmierend als Berichterstattung über die
- Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen),
- Schichtberichterstattung,
- Normenberichterstattung und
- Qualifikationsberichterstattung.

Diese Berichterstattungen wurden, mit Ausnahme der letztgenannten, in der amtlichen Statistik der DDR als „Arbeitskräftestatistiken“ bezeichnet. Die Qualifikationsberichterstattung wurde der Bildungsstatistik zugeordnet. Dies geschah jedoch weniger aus sachlichen Erwägungen, hier waren mehr formale Gründe ausschlaggebend (die Erhebung wurde im Sektor Bildungsstatistik bearbeitet).

Aus historischer Sicht sind außerdem nachfolgend aufgeführte Berichterstattungen der Erwerbstätigenstatistik zuzuordnen, die nur vorübergehend durchgeführt und später in andere Erhebungen integriert wurden (auf letzteres wird an anderer Stelle noch eingegangen):

¹² Die Begriffe **Arbeitskräfte, Berufstätige und Beschäftigte** wurden in der DDR sinnlich verwandt. Zuweilen tauchte in den Erhebungen außerdem noch der Begriff **Werk­tätige**, meist in Wortverbindungen (wie z.B. **Werk­tätige**, deren Arbeitsplatz um- bzw. neugestaltet wurde) auf, der dem Begriff **Arbeiter und Angestellte** (nach DDR-Definition) entsprach.

- Ermittlung der Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit (erhoben 1959 bis 1971 und 1973) und
- Erhebung über die Erwachsenenqualifizierung durchgeführt 1960 bis 1975).

Ebenfalls aus historischer Sicht sind noch zwei einmalig durchgeführte Teilerhebungen zu nennen, die aber im Einzelnen im nächsten Abschnitt noch Erwähnung finden werden.

Zwei weitere Erhebungen wären der Erwerbstätigenstatistik, genau betrachtet, letztlich auch zuzurechnen, jedoch wird von ihrer gesonderten Darstellung Abstand genommen, da sie nur kurzfristig bzw. nur formal von Bedeutung waren. Zum Ersten handelt es sich um die Erfassung des Lehrlingsbestandes. Je Lehrling wurde nach Abschluß des Lehrvertrages von dem Betrieb, mit dem der Schulabgänger den Lehrvertrag abgeschlossen hat, eine sogenannte Bestätigungskarte ausgefüllt und über die zuständige Kreisverwaltung an die SZS weitergeleitet. Dort wurden die auf dem Beleg enthaltenen Daten nach einem bestimmten Regime ergänzt, gespeichert und aktualisiert. Dieser Speicher war Grundlage für die Statistiken über Lehrvertragsabschlüsse, Lehrlingsbestand, Lehrvertragslösungen und Lehrabschlüsse. Bis 1987 erfolgte eine zusätzliche Erfassung des Lehrlingsbestandes mittels der Berufstätigenerhebung (BTE), nicht aber in den Jahren 1988 und 1989. Für diese Jahre war die Statistik der Berufsausbildung die alleinige Quelle für die Zahl der Lehrlinge. Praktisch war dies also eine Maßnahme zur Vereinfachung des Berichtswesens. Um eine solche handelt es sich auch im zweiten Fall. Bis 1981 wurden die Berufstätigen des privaten Handwerks sowohl mit der Berichterstattung der privaten Handwerks- und Gewerbebetriebe als auch mit der BTE erfaßt. Ab 1982 entfiel die Erfassung mittels BTE. Die entsprechenden Daten wurden der Handwerksberichterstattung entnommen und, das ist für die Arbeit mit Originalergebnissen wichtig, in die Ergebnisse der BTE integriert. Anders ist es bei den zur BTE noch für einzelne Jahre vorliegenden Einzeldatenbeständen, diese enthalten lediglich die Daten der mit der BTE erfaßten Unternehmen, nicht also die des privaten Handwerks.

Auf zwei Problemkreise wird im Folgenden, obwohl per Definition der Erwerbstätigenstatistik der DDR zuzurechnen, nicht mehr eingegangen (und so wurde auch bei der noch vorzustellenden Dokumentation der Erwerbstätigenstatistik verfahren):

- Es werden all jene Berichterstattungen ausgeklammert, welche temporären Schwerpunkten gewidmet oder bestimmten planungstechnischen Verfahren geschuldet waren. Beispielsweise betrifft dies die Abrechnung der Beschäftigten beim Erdgasleitungsbau in der UdSSR (Formblatt 051-7) und die Abrechnung der territorialen Bilanzentscheide¹³ (Formblatt 056).
- Aus den bereits dargestellten Gründen wird den Kennziffern (z.B. in der Schichtberichterstattung) oder selbständigen Berichterstattungen zur so-

¹³ Über damit verbundene Probleme kann man sich bei Hennig (1971) informieren.

genannten sozialistischen Rationalisierung keine Aufmerksamkeit mehr geschenkt. Letzteres umfaßt solche Berichterstattungen wie z.B. die Berichterstattung über ausgewählte Kennziffern der sozialistischen Rationalisierung (Formblatt 052) oder die Berichterstattung über die wissenschaftliche Arbeitsorganisation (Formblatt 153-1).

Spezifika der Erwerbstätigenstatistik der DDR Periodisierung

In der amtlichen Statistik Deutschlands hat die Erwerbstätigenstatistik eine beachtliche Tradition. Aus dem Statistischen Büro des 1833 ins Leben gerufenen Deutschen Zollvereins ging die erste statistische Behörde Deutschlands, das 1872 gegründete Kaiserliche Statistische Amt (ab November 1918: Statistisches Reichsamt), hervor. Im Jahre 1902 wurde in diesem Amt eine Abteilung Arbeiterstatistik eingerichtet. Bereits ab dem Jahre 1903 führte sie eine monatliche Befragung ausgewählter Firmen der Industrie und wirtschaftlicher Verbände (zusammen rd. 700 Befragte) zur Beschäftigung durch (in den Jahren 1920 bis 1927 wurde diese Erhebung vorübergehend von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bearbeitet). Neben der Frage nach der „Arbeiterzahl, die nur von Firmen zu beantworten war, enthielt die „Fragekarte“ noch weitere acht textlich zu beantwortende Fragen, wie beispielsweise nach Veränderungen der Arbeitszeit und erforderlicher Überarbeit. Zur Beurteilung des Beschäftigtengrades gewerblicher Arbeiter wurde ab dem Jahre 1904 eine monatliche Befragung von 20 Prozent aller Krankenkassen vorgenommen. Grundlage dieser Teilbefragung war das Krankenversicherungsgesetz. Danach waren alle gewerblichen Arbeiter für die Dauer ihrer Beschäftigung versicherungspflichtig. Gemeldet wurden von den Krankenkassen die versicherungspflichtigen und freiwilligen Mitglieder sowie die erwerbsunfähig krank Gemeldeten. Beide Erhebungen (zusammen mit den Erhebungen zur Arbeitslosigkeit und über ausländische Arbeitnehmer summarisch auch als Arbeitsstatistik firmierend) wurden vom Statistischen Reichsamt bis zum Ende seiner Existenz fortgeführt. Außerdem wurden noch selbständige Berufszählungen durchgeführt*, teilweise zusammen mit Betriebszählungen (so z.B. in den Jahren 1895 und 1907). Mit diesen Betriebszählungen wurden auch Erwerbstätigenangaben erfaßt. Mit dem Gewerbebogen der Betriebszählung 1907 beispielsweise wurden Angaben zu den Gesamtbeschäftigten (einschließlich Lehrlinge) und deren Differenzierung nach Inhaber, Verwaltungspersonal, technisches und anderes Personal sowie über mithelfende Familienangehörige erhoben. In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg bis zur Gründung der DDR 1949 gab es in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands keine amtliche

* Meistens waren jedoch die Berufszählungen mit Volkszählungen verbunden.

Erwerbstätigenstatistik. Entsprechende Angaben wurden mit Fachbereichsstatistiken und bis 1951 im Rahmen der vom Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen durchgeführten allgemeinen Arbeitsstatistik erhoben. Grundlage der letztgenannten Erhebung war die mit Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar 1946 eingeführte Registrierpflicht für Männer im Alter von 14 bis 65 und für Frauen im Alter von 15 bis 60 Jahre. Darüber hinaus umfaßte die Registrierpflicht alle erwerbstätigen oder arbeitssuchenden Personen. Die Registrierung erfolgte auf sogenannten Arbeitsbuch-Karteikarten bei den Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge der Kreisverwaltungen.

Resümierend kann festgestellt werden, daß bis zur Gründung der beiden deutschen Teilstaaten die Erwerbstätigenstatistik im wesentlichen auf Personenbefragungen, Teil- und Stichprobenerhebungen, insbesondere aber auf sekundärstatistischen Erfassungen beruhte. Diese Charakteristik kennzeichnet auch die Statistiken der Erwerbstätigkeit der BRD. Zu diesen Statistiken zählt erstens der jährlich im April durchgeführte Mikrozensus mit Merkmalen zur Erwerbstätigkeit, in den 1 Prozent der Bevölkerung einbezogen wird. Außerdem werden über das Grundprogramm des Mikrozensus hinausgehende Merkmale der EG-Arbeitskräftestichprobe erfaßt. Zu den Statistiken der Erwerbstätigkeit der BRD gehört zweitens die Beschäftigtenstatistik. Sie beruht auf dem integrierten Meldeverfahren zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung und erfaßt vierteljährlich (für bestimmte Merkmale jährlich) ca. drei Viertel aller Erwerbstätigen. Auf den beiden genannten Quellen sowie auf Erwerbstätigenangaben aus monatlichen Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft fußt eine monatliche Schätzung der Erwerbstätigenzahlen.

Völlig anders geartet ist das Erscheinungsbild der Erwerbstätigenstatistik der DDR. Um mit den Ausnahmen zu beginnen - lediglich zwei Teilerhebungen wurden durchgeführt. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Untersuchung des natürlichen Abgangs (Tod, Invalidität, Erreichung der Rentenaltersgrenze) per 31. August 1955¹⁵ und eine Teilerhebung über Pendler zum Stichtag 15. Oktober 1957¹⁶. Von diesen beiden Ausnahmen abgesehen kannte die Erwerbstätigenstatistik der DDR weder Stichprobenerhebungen noch sekundär-

¹⁵ Die Aufgabe der Erhebung war es im Wesentlichen die Folgen der Tatsache zu kompensieren, daß ab 2. Halbjahr 1954 vorübergehend keine Angaben über natürliche Abgänge in der Arbeitskräfteberichterstattung erfaßt wurden.

¹⁶ Für die nach dem Wohnortprinzip aufgebaute, jährlich zu erarbeitende Bilanz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte reserven wurden Angaben über Beschäftigte, die täglich zwischen Arbeits- und Wohnort über Kreisgrenzen hinweg pendelten, benötigt. Die mit dieser Erhebung gewonnenen Daten waren Grundlage für eine jährliche Schätzung der Daten über Pendler, jedoch nur bis 1964. Danach wurden Pendlerangaben ausschließlich über die Volkszählungen erfaßt. Die regionale Bilanz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte reserven ist nicht zu verwechseln mit Arbeitskräftebilanzen. Letztere wurden primär von Unternehmen aufgestellt, und zwar zur Gegenüberstellung des Arbeitskräftebedarfs (u.a. Ersatzbedarf) mit den Quellen seiner Deckung (Lehrlinge, Absolventen aus dem Direktstudium, an Hoch- und Fachschulen etc.).

statistische Erfassungen. „Ihr Charakter war, wie der der gesamten amtlichen Statistik, von der primären Aufgabe geprägt Daten für die Ausarbeitung des Planes, für die Kontrolle seiner Erfüllung sowie für andere Fragestellungen der Wirtschaftslenkung zu liefern. Das Wirtschaftssystem der weitgehendst zentralisierten Planwirtschaft schloß die bis dahin dominierenden Methoden und Verfahren der Erwerbstätigenstatistik aus und erforderte den vordergründigen Bezug auf den Betrieb sowie die Vollständigkeit der Erfassung im Rahmen des durch die Planung bestimmten Betriebskreises" (Fritz u.a. 1996, Einführungsband, Seite 3). Natürlich war dieser Zwang zur Vollständigkeit der Erfassung einerseits nachteilig, wenn man bedenkt, daß einige angestrebte Aussagen mittels Teilerhebungen mit hinreichender Genauigkeit wesentlich rationeller hätten ermöglicht werden können. Andererseits schloß die Vollständigkeit der Erfassung aber auch einen Vorzug ein - die hohe Aussagekraft der erfaßten Daten, selbst bei filigraner Merkmalsgliederung. Mit der Berufstätigenerhebung z.B. wurden 1989 rund 92% aller Berufstätigen der DDR erfaßt. Bezogen auf die (mit der BRD-Statistik vergleichbare) Zahl der Erwerbstätigen wurden mit der Arbeitskräfteberichterstattung im gleichen Jahr rund 73% mindestens vierteljährlich in die Erhebung einbezogen.

Nun sind diese Spezifika der Erwerbstätigenstatistik der DDR zweifelsfrei systembedingt. Häufig aber wird diese Systemabhängigkeit, quasi a priori, als ein spezifischer Makel amtlicher DDR-Statistik angesehen. Dem ist sicher nicht so. Amtliche Statistik wurde und wird nirgends zum Selbstzweck betrieben, erhält stets Aufgaben und Prägung vom jeweiligen gesellschaftlichen System, in dem sie existiert. Das schließt jedoch nicht aus, daß bestimmte Arbeitsmethoden systemunabhängig genutzt werden können und entsprechende Erfahrungen über Systemgrenzen hinweg nachnutzungsfähig sind. Es ist gewiß ein Verdienst von Güttinger, diesem Gedanken gefolgt zu sein und aus der Arbeitsweise der DDR-Statistik bestimmte Aspekte herausgearbeitet, analysiert und zur Nachnutzung empfohlen zu haben (1990, Seiten 82 ff. und 1992).

Einige Bemerkungen noch zur Planabrechnung. Es ist so selten nicht, daß die amtliche Statistik der DDR auf die Abrechnung des Planes reduziert wird. Von der Lippe glaubt zwei Aufgaben der amtlichen Statistik der DDR zu erkennen: „1. Plankontrolle, ... 2. politische Ziele, Agitation und Propaganda" (1996, Seite 17). Diese Reduktion erscheint durch ihre Ausschließlichkeit und Absolutheit zwar wenig glaubhaft, birgt aber doch in gewissem Maße Gefahren in sich. Löst sie doch, und das lehrt die Erfahrung, Gedankengänge in zweierlei Richtung aus. Erstens wird gelegentlich die Vermutung geäußert, die statistischen Daten seien zum Zwecke der Vortäuschung einer erfreulichen Planerfüllung im geeigneten Sinne (Erhöhung/Verminderung) verändert worden. Daß dem nicht so war, darauf wurde schon mehrfach aufmerksam gemacht, u.a. von Holder (1992, Seite 304) und Rockel (1992, Seite 8). Umgekehrt wurde der Plan gelegentlich dem Leben nachträglich angepaßt. Dieser Vorgang wurde mit dem unverfänglichen Begriff Planpräzisierung bedacht. Bei der Abrechnung

der Arbeitskräftepläne kam dergleichen allerdings selten und nur in zu vernachlässigenden Größenordnungen vor. Zweitens bedeutet die Eingrenzung der amtlichen Statistik auf Planabrechnung eine gewisse Abwertung, suggeriert Minderwertigkeit. Was kann man von einer amtlichen Statistik schon erwarten, die sich „nur“ der Planabrechnung widmet? Bedenken in dieser Richtung sind jedoch unbegründet. Allein als Grundlage für die Ausarbeitung der Pläne waren Daten zu ungleich mehr Kennziffern erforderlich, als die Pläne selbst dann beinhalteten. Auch für andere Leitungsentscheidungen wurden statistische Daten benötigt, waren Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, Potentiale und ihre Nutzung sichtbar zu machen. So liegt auch aus der Erwerbstätigenstatistik vielseitiges und umfassendes statistisches Material vor. Am Beispiel des Jahres 1989 soll das Gesagte verdeutlicht werden. Von den in diesem Jahr im Rahmen der Erwerbstätigenstatistik erhobenen Kennziffern dienten lediglich 35 der Planabrechnung (Betriebsplan; darunter 10 Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes). Die restlichen 690 Kennziffern waren nicht Gegenstand irgendwelcher Pläne und damit auch nicht der Planabrechnung.

Überblickt man die Geschichte der Erwerbstätigenstatistik der DDR im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamten amtlichen Statistik sowie der Rechentechnik und ihrer Nutzung, so scheinen sich drei wesentliche Entwicklungsperioden abzuzeichnen:

1. Periode 1949 bis 1958,
2. Periode 1959 bis 1975 und
3. Periode 1976 bis 1989.

Selbstverständlich sind solchermaßen scharf gezogene Grenzen beim Versuch einer historischen Klassifizierung stets fragwürdig und nicht ohne Probleme. Jede dieser Perioden aber ist durch typische Erscheinungen und Entwicklungen gekennzeichnet. Ihre zeitliche Markierung erscheint daher trotz aller berechtigten Bedenken zum Zwecke der Hervorhebung charakteristischer Erscheinungen und Entwicklungsmerkmale durchaus sinnvoll, und, wie sich später zeigen wird, auch für die Dokumentation der Erwerbstätigenstatistik von einiger praktischer Bedeutung. Die einzelnen Perioden zeichnen sich durch folgende, hier nur kurz skizzierte Charakteristika aus:

1. Periode (1949 bis 1958)

Kennzeichnend ist zunächst der Aufbau der Organe der amtlichen Statistik. Das Statistische Zentralamt (im Oktober 1945 ins Leben gerufen mit dem Befehl 105 der Sowjetischen Militäradministration als Deutsche Verwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone) wurde nach Gründung der DDR dem Ministerium für Planung (ab 1951 der SPK) zugeordnet. Ihm wurden 1950 die statistischen Regionaldienststellen unterstellt. 1952 schlug die Geburtsstunde der SZS. Im gleichen Jahr erfolgte im Rahmen der Verwaltungsreform die Auflösung der Statistischen Landesämter und die Bildung der Kreis- und Bezirksstellen der SZS. 1956 wurde die SZS selbständiges, dem Ministerrat direkt

unterstelltes Organ. Das Berichtswesen war dadurch charakterisiert, daß die Mehrzahl der Erhebungen durch die Fachorgane veranstaltet wurde (fachliches Berichtswesen) und sie bei von der amtlichen Statistik durchgeführten Erhebungen z.T. wesentlich mitwirkten. Erst in den letzten beiden Jahren der ersten Periode kam es zu einer sprunghaften Zentralisation des Berichtswesens zum Zwecke der Entlastung der Fachorgane, zur Vermeidung von Doppelarbeiten sowie zur Qualifizierung und Rationalisierung der Erhebungsvorbereitung und -durchführung. Damit im Zusammenhang übernahm die SZS die Verantwortung für 99 Erhebungen, wodurch sich die Zahl der amtlichen Statistiken mehr als verdreifachte. Dabei wurden Erhebungen in Gänze übernommen (z.B. Normenberichterstattung), als auch bis dahin noch geteilte Verantwortung völlig der SZS übertragen (z.B. Arbeitskräfteberichterstattung der zentralgeleiteten volkseigenen Industriebetriebe). Die rechentechnische Ausrüstung (Hollorith) war relativ veraltet und in statistisch-technischen Abteilungen konzentriert. Aus diesen Abteilungen entstand 1957 der Volkseigene Betrieb Maschinelles Rechnen (VEB MR) und in der Folge seine Zweigstellen in den Bezirken. Der VEB MR war der SZS unterstellt und arbeitete vorrangig für die amtliche Statistik. Hinsichtlich der Erwerbstätigenstatistik kann von ihrer Entstehungsphase gesprochen werden - die ersten drei traditionellen Erhebungen wurden 1950 bzw. 1952 und 1953 erstmalig durchgeführt. Zudem zeichnet sich die 1. Periode dadurch aus, daß in diesem Zeitraum die einzigen beiden (bereits erwähnten) Teilerhebungen der Erwerbstätigenstatistik durchgeführt wurden.

2. Periode (1959 bis 1975)

Dieser Zeitraum war charakterisiert durch die Erhöhung der Verantwortung der SZS, die zunächst aus dem Abschluß der Ende der vorangegangenen Periode eingeleiteten Zentralisierung des Berichtswesens resultierte. Hinzu kam die 1964 übernommene Verantwortung für das Rechnungswesen, was die Vereinigung von Rechnungsführung und Statistik sowie die schrittweise Einführung dieses Systems in den Bereichen der Volkswirtschaft etwa im letzten Drittel der Periode ermöglichte. Ab 1959 wurde das bis dahin herrschende Chaos an Abkürzungen für Formblattkurzbezeichnungen durch systematisch aufgebaute Formblattnummern ersetzt, die Rückschlüsse auf den Erfassungsbereich (Berichtspflicht) und den Inhalt der Erhebung (2. Stelle - 5 für Erwerbstätigkeit) zuließen. Rechentechnisch stand zunächst die Erneuerung und Erweiterung der Hollorithtechnik im Vordergrund. 1966 wurden die Zweigstellen des VEB MR in den Bezirken zu selbständigen Betrieben umgebildet und einer Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) MR unterstellt, die ihrerseits der SZS unterstand. In Berlin wurde ein Rechenbetrieb, der ausschließlich für die amtliche Statistik arbeitete, im Jahre 1969 gegründet - das Rechenzentrum Statistik. Darüber hinaus waren die VEB MR in den Bezirken, wie ihre Vorläufer auch, vorrangig (wenn auch nicht ausschließlich und auch nicht zum überwiegenden Teil) für die amtliche Statistik tätig. In die zweite Hälfte der Periode fiel dann der Auf- und Ausbau der Anwendung elektronischer Re-

chentechnik. Regelungen zu einer sogenannten vereinfachten Abrechnung, die an anderer Stelle noch zu erläutern sein werden, wurden ab 1973 wirksam. Die Erwerbstätigenstatistik erhielt am Anfang der Periode ihre volle Ausprägung. Allein in den ersten beiden Jahren hat die SZS zwei Erhebungen erstmalig durchgeführt und für eine weitere die volle Verantwortung übernommen. 1962 und 1964 kamen je eine Erhebung neu dazu. Ebenfalls in dieser Anfangsphase kam es zu gravierenden inhaltlichen Neuerungen (Einführung des Begriffs Vollbeschäftigteneinheit und neuer Beschäftigtengruppen).

3. Periode (1976 bis 1989)

Die breite Anwendung der elektronischen Rechentechnik bis hin zum Betreiben der gegen Ende der vorangegangenen Periode aufgebauten Zentralen Datenbank Statistik prägte die Arbeit der Statistischen Organe und das Berichtswesen. Letzteres, so auch die Erwerbstätigenstatistik, zeichnete sich in dieser Periode durch relativ hohe Stabilität aus, weil nur so Vorzüge der Rechentechnik in Zeitersparnis und Kostenbeschränkung umzusetzen waren. Aus analogen Erwägungen kamen ab 1976 schrittweise weitgehendst standardisierte Erhebungsbogen und einheitliche Primärdokumente (ihre Einführung war bis Ende 1975 abzuschließen) zur Anwendung. Den Zwängen der Wirtschaftspolitik der damaligen Zeit folgend wurde 1980 die VVB MR in das Kombinat Datenverarbeitung umgewandelt, aus den VEB MR gingen Datenverarbeitungszentren der Bezirke hervor und das Rechenzentrum Statistik mutierte zum Datenverarbeitungszentrum Statistik. Für die Erwerbstätigenstatistik war die Einführung neuer Beschäftigtengruppen von einigem Belang, ebenso die verbindliche Anwendung volkswirtschaftlich einheitlicher Arbeitskräftesystematiken. Darüber hinaus wurden zwei Erhebungen für die Jahre ab 1976 völlig neugestaltet.

Datengewinnung, -erfassung und -Verarbeitung

Bis gegen Ende der sechziger Jahre existierten in der DDR zwei Informationssysteme nebeneinander das Rechnungswesen zur Informationsgewinnung für betriebliche Zwecke, die Statistik zur Erarbeitung von Daten für volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellungen (die sich ja aber letztlich auf Angaben aus den Betrieben und Einrichtungen stützte). Beide Systeme waren historisch gewachsen, waren eigenständig und standen unter der Ägide unterschiedlicher staatlicher Organe (Ministerium der Finanzen/SZS). Daraus erwuchsen unerfreuliche Erscheinungen zweierlei Art. Erstens war der Erfassungsaufwand unnötig hoch, da teilweise Daten für unterschiedliche Zwecke zum gleichen Beobachtungsgegenstand mehrfach erarbeitet wurden. Zweitens führte die fehlende Harmonisierung zwischen beiden Systemen, aber z.T. auch zwischen dem Rechnungswesen einzelner Unternehmen und/oder Bereiche, hinsichtlich der Begriffswelt, der Systematiken u.a. wichtiger Hilfsmittel zu Widersprüchlichkeiten und Beeinträchtigungen der Vergleichbarkeit.

Um diese Nachteile zu überwinden, wurde der SZS die Verantwortung auch für das Rechnungswesen übertragen. Damit war eine wichtige Voraussetzung für die Vereinigung beider Informationssysteme erfüllt. Sie wurde nach umfangreichen Vorarbeiten, die wie auch die spätere Pflege und Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen (insbesondere den Unternehmen) vorgenommen wurden, vollzogen. So konnte Rechnungsführung und Statistik in den Jahren 1968 bis 1971 schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt werden. Damit sowie durch die einheitliche Gestaltung und Anwendung der Bestandteile von Rechnungsführung und Statistik (wie z.B. Definitionen, Systematiken, Primärdokumente etc.) wurden gute Bedingungen für die Qualität der statistischen Daten und ihre Widerspruchsfreiheit sowie für eine hohe Rationalität bei der Informationser- und **-Verarbeitung** geschaffen, zumal die entsprechenden gesetzlichen Regelungen auch Festlegungen zur Ordnungsmäßigkeit enthielten. Dies war auch das primäre Ziel der Vereinigung beider Informationssysteme, nicht, wie es von der Lippe unzulässig reduziert, die Plankontrolle (1996, Seite 17). Seine Sichtweise paßt zwar gut in das von ihm gezeichnete Erscheinungsbild der DDR-Statistik, hat aber den Nachteil, nicht zutreffend zu sein. Zudem: auch in der damaligen CSSR und in Polen beispielsweise gab es durchaus eine Planabrechnung, nicht aber die dargestellte Integration der Informationssysteme. Gleiches trifft auch auf alle anderen Länder im Bereich des seinerzeitigen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu.

Die gesetzlichen Regelungen für Rechnungsführung und Statistik in den Unternehmen schrieben für die einzelnen Rechnungen (Materialrechnung, Grundmittelrechnung, Investitionsrechnung, Kostenrechnung etc.) jene Angaben vor, die zu erfassen und kontrollfähig nachzuweisen waren. Der so fixierte Rahmen sicherte die Datengewinnung für die amtliche Statistik und das fachliche Berichtswesen, konnte aber im Bedarfsfall durch die einzelnen Unternehmen und Bereiche unter Einhaltung der verbindlichen einheitlichen Regelungen (Definitionen, Systematiken) für eigene spezifische Erfordernisse erweitert werden. Die im Jahre 1985 erlassenen Rechtsvorschriften sahen für die Arbeitskräfte-rechnung die Erfassung von Angaben zu folgenden Merkmalen/Merkmal-komplexen je Arbeitskraft vor (komprimierte Darstellung):

- Allgemeines
(wie z.B. Name, Anschrift, Familienstand, Angaben zu den Kindern, Steuerklasse, Urlaubsanspruch, Rentenart, Quelle des Zugangs, Ursache des Abgangs)
- Arbeitsverhältnis
(wie z.B. Voll- oder Teilbeschäftigung, vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit, Beginn-Befristung-Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses, Betriebszugehörigkeit, ruhendes Arbeitsrechtsverhältnis)
- Qualifikation und Einsatz

(wie z.B. Schulbildung, Berufsbildung, Berechtigungsnachweise, vereinbarte Arbeitsaufgabe/Tätigkeit, ausbildungsgerechter Einsatz, Tätigkeitshauptgruppe, Kostenstelle und Arbeitsbereich, Lohnform, Lohn- bzw. Gehaltsgruppe, Schichtsystem)

- Arbeitszeit (zur nominellen Arbeitszeit¹⁷ gehörig, ohne Überstunden)
(wie z.B. tatsächlich geleistete Arbeitszeit, Erholungsurlaub, Arbeitsbefreiung durch ärztliches Attest, unbezahlte Freistellung, durch gesetzliche Regelungen begründete Ausfallzeiten, Warte- und Stillstandszeiten, unentschuldigtes Fehlen)
- Bezahlte Zeiten (außerhalb der nominellen Arbeitszeit)
(wie z.B. Überstunden; bezahlte Zeiten für arbeitsfreie Wochenfeiertage, Arbeitsbereitschaft ohne Arbeitsleistung)
- Zusammengefaßte Zeiten
(wie z.B. bezahlte Zeiten insgesamt, bezahlte Ausfallzeiten, nicht bezahlte Ausfallzeiten)
- Arbeitsleistung
(wie z.B. Art, Menge und Qualität der geleisteten Arbeit; Vorgaben und ihre Erfüllung nach Arten der Arbeitsnormung)
- Arbeitslohn, andere Einkünfte, Lohnabzüge, Lohneinbehaltungen
(wie z.B. Brutto- und Nettolohn, andere zum Arbeitseinkommen zählende Einkünfte, nicht zum Arbeitseinkommen zählende Einkünfte, Tariflohn, Mehrlohn, Zuschläge, Lohnsteuer, Sozialversicherungspflichtbeitrag, Beitrag zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung)
- Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich Beginn und Abschluß)
Einkünfte und deren Bestandteile waren außerdem nach Kostenarten, Kostenträgern und Finanzierungsquellen nachzuweisen.

Soweit diese Merkmale zutrafen, waren sie auch für Lehrlinge nachzuweisen. Zusätzlich waren für Lehrlinge der Ausbildungsberuf, Art der Berufsausbildung (mit oder ohne Abitur), Beginn und Beendigung der Berufsausbildung sowie das Brutto- und Nettolehrlingsentgelt zu erfassen. Die Vielzahl sachlicher Zusammenhänge zwischen den einzelnen Erfassungsmerkmalen (wie Arbeitskräfte-Arbeitszeit-Lohn) sowie die Verbindung zwischen Arbeitskräfte- und Kostenrechnung (Kostenarten- und Kostenstellenrechnung) boten gute Möglichkeiten, die Widerspruchsfreiheit und Wahrhaftigkeit der Datenerfassung durch entsprechende Abstimmungen zu überprüfen und somit zu sichern.

¹⁷ Auch als Kalenderarbeitszeit bezeichnet; sie ergab sich näherungsweise aus der Multiplikation der Kalenderarbeitstage mit der sich aus den gesetzlichen Regelungen ergebenden durchschnittlichen täglichen Normalarbeitszeit und der Zahl der Arbeitskräfte (in Vollbeschäftigteinheiten; auf diesen Begriff wird in Verbindung mit der Arbeitskräfteberichterstattung noch eingegangen).

Derartige Abstimmungen wurden aus diesem Grunde im § 29 der Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 6. August 1985 verbindlich vorgeschrieben (analoge Festlegungen waren auch in den Rechtsvorschriften zu Rechnungsführung und Statistik aus den Jahren 1969 und 1975 enthalten).

Die primäre Erfassung der Daten entsprechend den dargestellten Mindestanforderungen erfolgte auf von der Zentralstelle für Primärdokumentation als Organ der SZS erarbeiteten einheitlichen Vordrucken, sogenannten Primärdokumenten. Diese waren datenverarbeitungsgerecht gestaltet und konnten um zweigtypische Kennziffern ergänzt werden. Ihre verbindliche Einführung wurde mit der Anordnung Nr. 2 über die Einführung und Anwendung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente vom 22. Januar 1974 geregelt. Damit wurde die Vielzahl der in der betrieblichen Praxis verwandten, unterschiedlichsten Belege wesentlich reduziert. Nach Gürtler kamen Mitte der sechziger Jahre insgesamt rd. 220 000 Belege zur Anwendung, während in den achtziger Jahren alle Betriebe und Einrichtungen ihre Primärdatenerfassung auf etwa 670 einheitlich gestalteten Vordrucken vornahm (1992, Seite 188). Das schuf die Voraussetzungen für eine rationelle Gestaltung der Informationsgewinnung und des Informationsflusses. Durch die Anwendung entsprechender Standards wurden die Belegausfüllung erleichtert, eine moderne Datenverarbeitung ermöglicht, die Verbindung zum Berichtswesen gesichert, die Informationsbeziehungen zwischen den Unternehmen rationalisiert sowie die Anwendung überbetrieblicher Datenverarbeitungslösungen stimuliert. Gleichzeitig wurden so die Grundlagen für die Entwicklung und Anwendung moderner Formen des Berichtswesens geschaffen: auf dem Gebiet der Erwerbstätigen-Statistik erfolgte die Datenübermittlung an die SZS für die BTE und die Arbeitskräfteberichterstattung ab Mitte der achtziger Jahre vom Kombinat Robotron und vom Ministerium für Kohle und Energie für ihre Unternehmen auf maschinenlesbaren Datenträgern (Magnetband), d.h. ein Arbeitsschritt (Ausfüllung des Formblattes) wurde eingespart. Das bewirkte außerdem eine Qualitätsverbesserung der Daten, die von der SZS entgegengenommen wurden, da die Fehlerrisiken einer Formblattausfüllung umgangen und vor der Datenübergabe an die SZS Prüfprogramme abgearbeitet wurden.

Für die Arbeitskräfteberechnung kamen folgende Primärdokumente zur Anwendung:

- Arbeitskräftestammdatenbeleg,
- Arbeitskräftestammdatenänderungsbeleg,
- Lohnschein, auftragsgebunden,
- Lohnschein, nicht auftragsgebunden,
- Sammellohnschein,
- Teilungsbeleg,
- Arbeitsnachweis,

- Antrag auf Urlaub, Studientage, Freistellungen verschiedener Art,
- SV-Barleistungsbeleg,
- Stellenplan/Stellenplanüberwachung,
- Stellenplan/Gesamtübersicht und
- Änderung zum Arbeitsvertrag.

Zur Verschlüsselung der wichtigsten Merkmale wurden Volkswirtschaftliche Arbeitskräftesystematiken entwickelt, deren verbindliche Anwendung in Rechnungsführung und Statistik in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Volkswirtschaft ab 1. Januar 1976 mit der Anordnung über die Einführung und Anwendung Volkswirtschaftlicher Arbeitskräftesystematiken vom 14. Oktober 1974 geregelt wurde. Als Volkswirtschaftliche Arbeitskräfte Systematiken galten all jene von der SZS für verbindlich erklärte und herausgegebenen (meist auch von ihr entwickelte) Systematiken, die einzelne oder mehrere Merkmale zur Charakterisierung der Arbeitskraft zum Inhalt hatten. Eine Ausnahme bildete lediglich die Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung, für die das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen die Verantwortung trug. Die datenverarbeitungsgerechte Gestaltung der Arbeitskräftesystematiken und ihre einheitliche Anwendung waren, im Verbund mit einheitlichen Primärdokumenten und Definitionen, eine wichtige Voraussetzung für eine rationelle und effiziente Gestaltung der Informationsbeziehungen im weitesten Sinne. Es wurde nicht nur darauf Wert gelegt, die Informationser- und -Verarbeitung mit möglichst geringem Aufwand zu betreiben, sondern es war auch der Wert der Informationen durch Wahrhaftigkeit und durch möglichst hohe Aktualität zu sichern. Durch die geschilderten Bedingungen war beides in der Erwerbstätigenstatistik durchaus gewährleistet. Über die Wahrhaftigkeit wurde bereits Einiges gesagt (und weiden in der Folge auch noch ein paar Bemerkungen zu machen sein), daher hier ausgewählte Angaben (bezogen auf das Jahr 1989) zur Illustration der Aktualität der Erwerbstätigenstatistik. Bei der Arbeitskräfteberichterstattung (über 24 000 Berichtspflichtige, 153 Kennziffern) erfolgte die Herausgabe der Ergebnisse bis zum 18. Werktag nach dem Stichtag der Erhebung. Die Ergebnisse der BTE (Stichtag 30.9., mehr als 75 000 Berichtspflichtige, 56 Kennziffern) lagen am 21. November vor und die Beschäftigtengruppenerhebung (Berichtsmonat Oktober, rund 2 000 Berichtspflichtige, 214 Kennziffern) war am 14. Dezember fertig aufbereitet.

Zum Zeitpunkt des Erlasses o.g. Anordnung umfaßten die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken folgende Einzelsystematiken:

- Systematik der Berufe,
- Systematik des Qualifikationsniveaus,
- Systematik der akademischen Grade,
- Systematik des ausbildungsgerechten Einsatzes,
- Systematik der Arbeitskräfte nach Technisierungsstufen,

- Systematik der Nutzung des Arbeitsvermögens,
- Systematik der Berechtigungsnachweise und
- Systematik der Tätigkeiten.

Später kamen noch hinzu:

- Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens,
- Systematik der Fremdsprachen,
- Systematik der Sprachbeherrschung,
- Systematik der Länder,
- Systematik - Familienstand,
- Systematik - Geschlecht,
- Systematik der Schulbildung
- Systematik der Durchführung von Bildungsmaßnahmen (Studienformen),
- Systematik - verliehene Titel,
- Systematik Hochschullehrer,
- Systematik der Auszeichnungen,
- Systematik der Abgangsgründe,
- Systematik der Zugangsquellen,
- Systematik - Körperbeschädigte,
- Systematik der Kategorien der Arbeitszeit
- Systematik der Schichtarbeit.

Die Datenerfassung erfolgte im zentralisierten Berichtswesen auf Formblättern, sieht man einmal von den dargestellten Ansätzen zur formblattlosen Datenübermittlung¹⁸ in der Erwerbstätigenstatistik ab. Zur Minimierung von Ausfüllungsfehlern waren die Formblätter weitgehend nutzer- und bearbeitungsfreundlich gestaltet; die sich aus der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung ergebenden Erfordernisse fanden Berücksichtigung. Außerdem kamen in der 3. Periode, wie bereits erwähnt, weitgehend standardisierte Formblätter zur Anwendung, die durch die Stabilität der Erwerbstätigenstatistik zu dem kaum Veränderungen unterworfen waren. Die Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der gemeldeten Daten waren auf dem Formblatt entsprechend der gesetzlich fixierten Verantwortlichkeit von Betriebsleiter und Hauptbuchhalter unterschriftlich zu bestätigen. Versand und Einzug der Formblätter erfolgten bis auf wenige Ausnahmen (beispielsweise Deutsche Post, Deutsche Reichsbahn) durch die Kreisstellen der SZS, die auch die Vollzähligkeit der Berichtsbogen zu sichern hatten und eine erste Prüfung der Angaben hinsichtlich Vollständigkeit und sachlicher Widerspruchsfreiheit vornahmen. Bei der Klärung von Unstimmigkeiten wirkte sich die Betriebsnähe der Kreisdienststellen förderlich

¹⁸ Es gab allerdings in der amtlichen Statistik der DDR auch Gebiete, in denen die formblattlose Berichterstattung weit über Ansätze hinausging, so beispielsweise die Binnenhandelsstatistik.

aus. Diese Betriebsnähe ermöglichte es auch, in Einzelfällen von Fehlerhäufungen bei bestimmten Betrieben einen sogenannten konsultativen Einzug der Belege durchzuführen. Das bedeutete, daß der betriebliche Bearbeiter der Berichterstattung das ausgefüllte Formblatt persönlich in der Kreisstelle abgab, durch den zuständigen Sachbearbeiter in die Prüfung der Daten einbezogen wurde, zur schnellen Klärung von Unstimmigkeiten beitragen konnte und gleichzeitig Hinweise zur künftigen Fehlervermeidung erhielt.

Bis zur Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung hatte die Belegprüfung in den Kreisstellen besonders umfassend zu sein, da überwiegend die Ergebnisse territorial (Kreis, Bezirk) erarbeitet und nur Ergebnisse weitergeleitet wurden. In den Kreisstellen übersehene Fehler konnten sich dann durchaus in den Aggregaten verbergen, ohne bei der dann nur noch möglichen Prüfung der Summen auf bezirklicher und/oder zentraler Ebene sichtbar zu werden und eliminiert werden zu können. Anders stellte sich die Situation unter den Bedingungen der Anwendung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen dar, die zunehmend zu einer Zentralisierung der Aufbereitungsprozesse führte. In der dritten Periode wurden alle Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik zentral aufbereitet. Das ermöglichte eine Entlastung der Kreisstellen von bestimmten Prüfungsarbeiten, so z.B. von der Prüfung rechnerischer Zusammenhänge. Die ausgefüllten Formblätter wurden über die Bezirksstellen an die bezirklichen Rechenzentren weitergeleitet, wo die Herstellung maschinenlesbarer Datenträger erfolgte, deren weitere Bearbeitung zentral vorgenommen wurde. Der eigentlichen Ergebnisgewinnung waren nun (in aller Regel zwei bis drei) sogenannte Prüfläufe zur Prüfung der Einzelbelege vorgelagert. Mittels algorithmisierter Rechen- und Plausibilitätskontrollen wurden in dem Datenmaterial enthaltene Fehler lokalisiert und in sogenannten Prüflisten angeschrieben. Bis auf den letzten Prüflauf (zentrale Bearbeitung) erfolgte die Bearbeitung der zentral hergestellten Prüflisten in den Bezirken unter Einschaltung der Kreisteilen und nötigenfalls der Berichtspflichtigen. Die Korrekturen wurden in den Bezirksrechenzentren in maschinenlesbare Form gebracht (sogenannte Korrekturkarten oder Korrekturbänder) und zentral in den Datenbestand eingearbeitet. Auf diese Art und Weise konnte ein hoher Wahrheitsgehalt der Daten gewährleistet werden. Zur Illustration einige Angaben zur BTE 1979. In diesem Jahr wurden 119 Kennziffern mit der BTE erhoben. Insgesamt wurden drei Prüfläufe mit je 50 verschiedenartigen Kontrollen einzelner oder mehrerer Wertefelder durchgeführt. Hinzu kamen die bei jeder Erhebung durchgeführten Standardprüfungen hinsichtlich fehlender oder doppelter Lochkarten sowie zur Vollständigkeit entsprechend der Berichtspflicht. Die letztgenannte Prüfung wurde unter Zuhilfenahme einer für die BTE erweiterten Version des Statistischen Betriebsregisters¹⁹ vorgenommen. Aus diesem Register wurden auch die

¹⁹ Das Statistische Betriebsregister war um jene Bereiche zu erweitern, die nicht in ihm enthalten, wohl aber zur BTE berichtspflichtig waren (Rechtsanwaltskollegien, Post, Reichsbahn, privater Bereich, konfessionelle Einrichtungen).

allgemeinen Angaben (Wirtschaftsgruppe, Rechtsform, Unterstellung, Kreis des Unternehmenssitzes) der einzelnen Berichtspflichtigen übernommen, so daß auch hinsichtlich der Zuordnung bei der Gruppenbildung im Rahmen der Ergebnisgewinnung eine hohe Sicherheit gegeben war. Die Identifikation der Berichtspflichtigen erfolgte über eine achtstellige Betriebsnummer. Eine Fehleranalyse hinsichtlich der Fehlerarten und -quellen kann heute leider nicht mehr vorgenommen werden. Zwar wurden am Ende jeder Prüfliste entsprechende Angaben angeschrieben, aber Prüflisten liegen heute wegen ihrer verständlicherweise kurzen Archivierungsfrist nicht mehr vor.

Nach der Prüfung und Korrektur des Datenmaterials wurden zentral die Erhebungsergebnisse aufbereitet. Das geschah sowohl für die zentrale Ebene, als auch für Bezirke und Kreise nach einheitlichen, mit allen Bezirksstellen zuvor abgestimmten Programmen für Bezirks- und Kreisergebnisse. Nachträgliche Veränderungen der Ergebnisse wurden nicht vorgenommen. Dennoch wird der Nutzer zuweilen auf den Originalergebnissen manuelle Einbesserungen erkennen. Dabei geht es aber nicht etwa um ungeschickt vorgenommene Manipulationen. Vielmehr handelt es sich um Korrekturen, die ergebnisrelevant waren und vereinzelt durch nach Abschluß der Ergebniserarbeitung aus Betrieben eingegangene Korrekturmeldungen verursacht wurden. Die Kreis- und Bezirksergebnisse wurden an die territorialen statistischen Dienststellen ausgeliefert und von dort an den jeweiligen örtlichen Empfängerkreis übergeben. Sie sind heute in den Statistischen Landesämtern und nur in wenigen Ausnahmen im Archiv der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes zugänglich.

Nach Abschluß der Aufbereitungsarbeiten erfolgte für Industrie- und Baubetriebe eine Einspeicherung der wichtigsten Daten in die seit Mitte der siebziger Jahre existierende und später auch den Bereich Landwirtschaft beinhaltende Zentrale Datenbank Statistik. Diese Datenbank wurde in den achtziger Jahren u.a. auch für Arbeiten zur Verbesserung der Qualität des Datenmaterials genutzt. Durch Verknüpfung von Daten aus verschiedenen Erhebungen wurden über die bisherige Praxis hinausgehende Plausibilitätskontrollen möglich. Aus der Erwerbstätigenstatistik aber gibt es dafür keine Beispiele. Allerdings wurden zur Prüfung der BTE-Daten auch Daten einer anderen Erhebung (Arbeitskräfteberichterstattung) herangezogen, dies jedoch unmittelbar, nicht über die Datenbank.

Die Arbeiten an einer Erhebung waren allerdings nach der Dateneinspeicherung noch nicht beendet. Den Abschluß bildete eine Analyse der aufgetretenen Fehler und eine entsprechende Auswertung mit den Sachbearbeitern der Bezirksebene und letztlich mit den Kreissachbearbeitern. Diese Fehleranalysen waren Grundlage für die Schulung der Berichtspflichtigen und für gezielte Betriebskontrollen im Rahmen der Vorbereitung der nächsten Erfassung. In schweren Fällen von Falschmeldung wurden Ordnungsstrafverfahren durchgeführt. 1988 waren es insgesamt 88, wobei allerdings die Erwerbstätigenstatistik keine Rolle spielte. Bei aller Zielstrebigkeit und Planmäßigkeit der Betriebs-

Überprüfungen blieben aber auch Wünsche offen. So war der angestrebte Umfang wegen der Begrenzung personeller und zeitlicher Kapazitäten nicht immer zu realisieren und darüber hinaus litt die Qualität und Wirksamkeit gelegentlich an ungenügender Kenntnis betrieblicher Rechnungsführung und Statistik und daraus resultierender Unsicherheit einzelner Mitarbeiter.

Die Erhebungen und ihre Charakteristika

Berufstätigenerhebung

Kurzporträt^o

Formblätter²: 055-1 bis 055-5, 055-9

Periodizität: jährlich per 30.9.

Befragtenkreis: alle sozialistischen (volkseigenen und genossenschaftlichen) Unternehmen und Einrichtungen (ohne x-Bereich), selbständige Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige, konfessionelle Einrichtungen

Repräsentationsgrad^f: 87,5% (es wurden mithin 12,5% der Erwerbstätigen lt. Rückrechnung nicht erfaßt, davon resultierten 5% aus der methodischen Differenz der Begriffe Berufstätige und Erwerbstätige, etwa 7,5% sind der Nichterfassung des x-Bereiches geschuldet)

Erfasste Merkmale: Ständig Berufstätige, Arbeiter und Angestellte, Genossenschaftsmitglieder, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, verkürzt Arbeitende, Rentner, nicht ständig Berufstätige; vollbeschäftigte Mütter nach Zahl der Kinder; Staatliche Auszeichnungen (= Standardprogramm); Ständig Berufstätige nach Altersgruppen (= Austauschprogramm); alles insgesamt, darunter weiblich

*Historie, Anmerkungen**

Die BTE war neben den Volks- und Berufszählungen die umfassendste Erhebung von Daten über die Berufstätigen. In einem Standardprogramm wurden die Berufstätigen nach dem Geschlecht sowie nach der Stellung im Beruf (sozialökonomische Struktur) erfaßt. Zusätzlich gehörte zum Standardprogramm ab 1973 die Erfassung von Angaben über Staatliche Auszeichnungen (bis dahin gesonderte Erhebung auf Formblatt 052) sowie ab 1975 die Abrechnung der

²⁰ Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Stand des Berichtswesens im Jahre 1989.

²¹ Eigentlich sind die Formblattkurzbezeichnungen aus historischer Sicht kaum von Belang. Sie wurden aber hier dennoch mit aufgeführt, da man sie zuweilen auch auf den Originalergebnissen findet.

²² Anteil der mit der Erhebung erfaßten Berufstätigen an der Zahl der Erwerbstätigen lt. Rückrechnung (Stand: 1989).

²³ Siehe dazu auch die Ausführungen zur BTE im Abschnitt Begriffsabgrenzung.

vollbeschäftigten Mütter nach der Zahl ihrer Kinder. Mit dem jährlich wechselnden Austauschprogramm wurden, meist in mehrjährigem Rhythmus, Angaben zu den Merkmalen Alter, Urlaubsdauer, Lohngruppen, Dauer der Arbeitszeit, Schichtsystem u.a. erhoben.

Die erste Erfassung erfolgte 1952 unter der bis einschließlich 1965 gebräuchlichen Bezeichnung Erhebung über die Beschäftigten (kurz auch Beschäftigterhebung, zuweilen Totale Beschäftigterhebung genannt). In den Jahren 1952 und 1953 wurde die Erhebung zweimal jährlich durchgeführt, und zwar zu den Stichtagen 30.6. und 31.12. Im Jahr 1954 konnte zur einmaligen Durchführung pro Jahr übergegangen werden, da in diesem Jahr bereits 74 Prozent der Beschäftigten mit der Arbeitskräfteberichterstattung erfaßt wurden. Bis einschließlich 1959 war der Stichtag der 31.12., ab 1960 wurde per 30.9. erhoben. Von 1952 bis 1957 erfolgte die Aufbereitung bei den Kreisämtern für Arbeit und Berufsberatung; erst ab 1958 trug die SZS die alleinige Verantwortung für die BTE. Die Formblätter kamen wie oben benannt erst ab 1976 zur Anwendung, bis dahin war die Vielfalt groß und die Befragtenkreise, für die bestimmte Formblätter zur Anwendung kamen, wechselten häufig. Allein 1954 gab es 15 verschiedene Erhebungsbogen. Zeitweilig wurde die Erhebung nicht ausschließlich mittels eigener Formblätter durchgeführt, sondern mit der Arbeitskräfteberichterstattung (AKB) gekoppelt (Entnahme von Angaben aus der AKB, Zusatz- bzw. Anlagebogen zur AKB), dies erstmals 1957 bis 1959, aber auch 1963 bis 1968.

Angaben des Standardprogramms wurden für Nebenbetriebe (Unternemensteile) in ausgewählten Bereichen zum ersten mal 1959 erhoben. Bis 1962 wurde die Nebenbetriebserfassung auf alle Bereiche ausgedehnt, jedoch erfolgte keine territoriale Bereinigung der Ergebnisse. Erst in Verbindung mit der zentralisierten Aufbereitung der BTE erfolgte im Jahre 1972 eine Korrektur der Ergebnisse nach dem Unternehmensprinzip hin zu Ergebnissen nach dem Arbeitsortprinzip. Fortan wurden ausschließlich territorial bereinigte Ergebnisse der BTE erarbeitet. Die gesonderte Darstellung von Nebenbetrieben war jedoch eingeschränkt. Sie wurde bei einer Größe von 10 und mehr Beschäftigten nur dann gesondert vorgenommen, wenn der Standort außerhalb des Kreises lag, in dem sich der Unternehmenssitz befand. Lagen mehrere Nebenbetriebe eines Unternehmens in einem Kreis, so war eine zusammengefaßte Abrechnung für den Kreis möglich. Diese Verfahrensweise gewährleistete zwar eine Ergebnisdarstellung für Kreise nach dem Arbeitsortprinzip, nicht aber die Sichtbarmachung von Angaben über einzelne Nebenbetriebe. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Nebenbetriebe bzw. der entsprechenden kreislich determinierten Summenangaben für Nebenbetriebe erfolgte daher auch analog der des Unternehmens, nicht also nach dem spezifischen Fertigungsprofil. Eine andere Lösung lies die praktizierte „Summenabrechnung“ nicht zu. Folgende Übersicht mag die unterschiedlichen Erfassungsprinzipien verdeutlichen (aus Sicht eines Kreises):

- (1) Berufstätige nach dem Unternehmensprinzip (Kriterium: Sitz des Unternehmens)
- (2) + Berufstätige in Nebenbetrieben, deren Unternehmenssitz in einem anderen Kreis hegt
- (3) - Berufstätige in Nebenbetrieben anderer Kreise, deren Unternehmen im eigenen Kreis ansässig ist
- (4) = Berufstätige nach dem Arbeitsortprinzip (Kriterium: Arbeitsort des Berufstätigen)
- (5) + Auspendler (Einwohner des Kreises, die in einem anderen Kreis arbeiten)
- (6) - Einpendler (Einwohner anderer Kreise, die im Kreis arbeiten)
- (7) = Berufstätige nach dem Wohnortprinzip (Kriterium: Wohnort des Berufstätigen)

Datenquellen: (1) BTE (Erfassung; Ergebnisse bis 1971)
 (2) und (3) Nebenbetriebserfassung im Rahmen der BTE
 (4) BTE (territorial bereinigte Ergebnisse ab 1972)
 (5) und (6) Pendlererhebung (1957), Volkszählungen (1950, 1964, 1971 und 1981)
 (7) Volkszählungen

Arbeitskräfteberichterstattung

Kurzporträt

Formblätter: 051-11, 051-21, 051-31, 051-12, 051-22, 051-3, 051-4, 051-5

Periodizität: monatlich, vierteljährlich, jährlich

Befragtenkreis: Betriebe und Einrichtungen des volkseigenen Sektors (ohne x-Bereich)

Repräsentationsgrad: 72,7%

Erfasste Merkmale: Arbeiter und Angestellte (in Vollbeschäftigteinheiten, Durchschnitt) und ihr Bruttolohn nach Tätigkeitshauptgruppen (Produktionspersonal, Produktionsarbeiter, LVP, Produktionsvorbereitendes Personal, EDV-Personal etc.); Arbeiter und Angestellte, Produktionspersonal, Produktionsarbeiter in Personen (Durchschnitt); Ausländische Arbeitskräfte (Vollbeschäftigteinheiten); Belegschaftswechsel mit ausgewählten Zugangsquellen und Abgangsgründen; geleistete Arbeitszeit, Ausfallzeiten nach Ursachen; Nettolohnsumme und nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge des Arbeitseinkommens; Lehrlinge, I^hrlingsentgelt. Die meisten Angaben wurden auch für den jeweiligen Zeitraum des Vorjahres erhoben (Nacherhebung).^{2*}

^{2*} Bei Nacherhebungsangaben handelt es sich um strukturell und methodisch bereinigte Vorjahresangaben. Mit anderen Worten: zwischen den beiden Zeiträumen abgelauene strukturelle und methodische Veränderungen werden eliminiert, die Vorjahres-

Da die AKB auch der Abrechnung des staatlichen Planes und der Betriebspläne dienste, war der in diese Berichterstattung einbezogene Kreis von Betrieben und Einrichtungen identisch mit jenem, der Gegenstand der Arbeitskräfteplanung war. Gleichzeitig resultierte aus der Verpflichtung zur Planabrechnung die Notwendigkeit der direkten Erfassung von Durchschnittsangaben.

Die AKB war die älteste Erwerbstätigenstatistik der DDR. Sie wurde mit der Durchführungsbestimmung für die Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan 1950 vom 23. März 1950 für die Bereiche Industrie und Verkehrswesen ins Leben gerufen und bis 1955 auf nahezu alle Bereiche der Volkswirtschaft schrittweise ausgedehnt.

Die Gesamtverantwortung für die AKB wurde mit der genannten Rechtsvorschrift dem statistischen Zentralamt übertragen. Da bei der Durchführung jedoch die für die befragten Betriebe zuständigen Fachorgane in unterschiedlichem, z.T. jedoch entscheidenden Maße mitwirkten (Aufbereitung), handelte es sich nicht um eine zentralisierte Berichterstattung im späteren Sinne. Erst nach der Zentralisationsphase 1958 übernahm mit Beginn der 2. Periode die amtliche Statistik die volle Verantwortung für die Erhebung. In der 1. Periode wurden mit der AKB auch Leistungsangaben erfaßt, wovon erst im Verlauf der Folgeperiode abgegangen wurde.

Mitte bis Ende der sechziger Jahre erfolgte auf einem Zusatzbogen zu den entsprechenden AKB-Formblättern eine detaillierte Abrechnung des Fachpersonals der Bereiche Bildungswesen sowie Gesundheits- und Sozialwesen, die in der Folge im Rahmen des fachlichen Berichtswesens durchgeführt wurde. Die tiefgreifendste Wirkung auf die AKB im Verlauf der zweiten Periode hatte jedoch ohne Zweifel die Einführung des Begriffs der Vollbeschäftigteneinheit (VbE) ab dem Jahre 1961. Ziel war die zusammenfassende Darstellung der Voll- und Teilbeschäftigten. Ein Vollbeschäftigter war gleich einer VbE. Die Teilbeschäftigten wurden auf der Grundlage der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit und der rechtlich geregelten Normalarbeitszeit in fiktive Vollbeschäftigte umgerechnet. Über die Umrechnung der arbeitsvertraglich an den Betrieb gebundenen Beschäftigten hinaus wurden aber ab 1961 schrittweise folgende, meist zeitweilig eingesetzte Arbeitskräfte in die Abrechnung in VbE (mit einer Ausnahme wegen der Vermeidung von Doppelerfassungen in der Bilanzierung jedoch nicht in die Abrechnung in Personen) zusätzlich einbezogen (Basis - bezahlte Zeit ohne Überstunden):

- Mitglieder von „Hausfrauenbrigaden“,
- Strafgefangene,
- Betriebsangehörige anderer Betriebe („sozialistische Hilfe“), wenn der Lohn

angaben werden zu den Bedingungen des Berichtsjahres ermittelt. Damit sind die beiden Werte direkt vergleichbar und sichtbar werdende Veränderungen ausschließlich auf inhaltliche Ursachen zurückzuführen.

- vom hilfenehmenden Betrieb getragen wurde,
- Studenten im Arbeitseinsatz,
 - Schüler in der Ferienarbeit,
 - Teilbeschäftigte im 2. Arbeitsrechtsverhältnis,
 - „Feierabendarbeit“ (bis zu ihrem Verbot 1970, danach „Leistungen zusätzlicher Arbeit“) von Beschäftigten des eigenen Betriebes und anderer Betriebe,
 - Studenten im Praktikum, wenn ihre Vergütung aus dem Lohnfonds gezahlt wurde,
 - Beschäftigte mit einem bis zu 6 Monaten befristeten Arbeitsvertrag und
 - stunden- oder tageweise Aushilfstätigkeit von Müttern im bezahlten Erziehungsurlaub.

Durch diese Regelungen wurden die VbE zunehmend zur Größe für die Messung des Gesamtaufwandes an Arbeit. Die methodische Konstruktion der VbE führte dazu, daß kein direkter Zusammenhang zwischen den Beschäftigtenangaben in Personen und in VbE bestand und damit auch keine Möglichkeit des Rückschlusses von der Zahl der VbE auf arbeitsvertraglich zum Betrieb gehörende Beschäftigte. Zudem beinhaltet die Größe VbE im zeitlichen Vergleich einen unterschiedlichen Umfang von zusätzlichem Arbeitsaufwand. All diese Folgen erscheinen jedoch nur bei mikroökonomischen Betrachtungen von Belang; die Aussagen makroökonomischer Untersuchungen dürften sie kaum entscheidend beeinträchtigen. In Verbindung mit der Einführung der VbE wurden ab 1961 die Ausfallzeiten infolge Kurzarbeit lt. Arbeitsvertrag nicht mehr als Bestandteil der nominellen Arbeitszeit und der Ausfallzeiten abgerechnet.

Beginnend mit dem Jahr 1976 wurde die AKB als einheitliches, sich über alle Wirtschaftsbereiche der Volkswirtschaft erstreckendes Erhebungsprojekt gestaltet und realisiert. Damit verbunden waren bestimmte Vereinfachungen. Die Zahl der unterschiedlichen Erhebungsbogen beispielsweise wurde von bis dahin 24 auf nunmehr 9 reduziert. Damit konnte auch das Aufbereitungsprojekt stark vereinfacht und rationalisiert werden. Inhaltlich wurden ab 1976 zwei wesentliche Veränderungen wirksam. Erstens wurden die neuen Beschäftigtengruppen schrittweise in die AKB eingeführt, und zwar in Abhängigkeit von der Einführung der spezifischen Beschäftigtengruppenkataloge in den einzelnen Bereichen. Im Handel war z.B. die neue Kategorie Handelspersonal erst ab 1980 Gegenstand der Abrechnung (bis dahin: umsatzleistendes Personal). Zweitens wurden die Beschäftigten in den Verwaltungen der Gemeinden unter 2 000 Einwohner und deren staatliche Einrichtungen fortan nach Ratsbereichen (Volksbildung, Kultur etc.) abgerechnet. Das ermöglichte eine verfeinerte wirtschaftssystematische Zuordnung dieser Beschäftigten.

Beschäftigtengruppenerhebung

Kurzporträt

Formblätter: 157-1, 157-2, 157-3

Periodizität: jährlich (für den Monat Oktober bzw. per 31.10.)

Befragtenkreis: Volkseigene Unternehmen der Industrieministerien und des Ministeriums für Bauwesen der Wirtschaftsbereiche Industrie, Bauwirtschaft und Sonstige Zweige des produzierenden Bereichs (bis einschließlich 1983 nur voll planende und abrechnende Unternehmen)

Repräsentationsgrad: 29,2%

Erfasste Merkmale: Arbeiter und Angestellte (VbE) sowie deren Bruttolohn im Monat Oktober nach Qualifikationsstufen (Lohn- und Gehaltsangaben nach dem Qualifikationsniveau wurden ab Mitte der siebziger Jahre ausschließlich in der Beschäftigtengruppenerhebung erfaßt!); Arbeiter und Angestellte (Personen am 31.10.) in der Merkmalskombination nach Arbeitsbereichen (verkürzte Nomenklatur) und Qualifikationsstufen

Historie, Anmerkungen

Bis einschließlich 1961 wurden Angaben über Arbeiter und Angestellte nach Beschäftigtengruppen ausschließlich mittels der AKB erhoben. 1962 erfolgte die erste eigenständige Erhebung. Sie war zurückzuführen auf den Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie vom 26. April 1962, durch den neue Beschäftigtengruppen eingeführt wurden. Um methodisch den Anschluß zwischen beiden Varianten zu sichern, wurden in der ersten Erhebung einmalig die Arbeiter und Angestellten in der Kombination der bis dahin gültigen mit der neu eingeführten Gliederung erfaßt. In der Folge wurde die Erhebung jährlich (nach der aktuell gültigen Beschäftigtengruppierung) durchgeführt, letztmalig in dieser Form 1970. Die Gliederung war durch die Entwicklung überholt worden, kollidierte zunehmend mit der Realität des Arbeitsprozesses. Als Interimslösung wurde daher in den Jahren 1971 bis 1974 eine Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen durchgeführt. Mit der Einführung neuer Beschäftigtengruppen wurde die Erhebung 1975 völlig neu gestaltet und unter der Bezeichnung Berichterstattung über die Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen jährlich durchgeführt. Zum spezifischen Erscheinungsbild der überarbeiteten Erhebung gehörte, daß sich nicht mehr ein fixes Erhebungsprogramm jährlich wiederholte, sondern daß unterschiedliche Merkmale und Merkmalskombinationen im (meist zweijährigen) Wechsel erhoben wurden. Es waren dies:

- Arbeiter und Angestellte sowie deren Löhne und Gehälter (Bruttolohn) im Oktober nach Qualifikationsstufen,
- Arbeiter und Angestellte nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikationsniveau,
- Arbeiter und Angestellte nach Arbeitsbereichen und Qualifikation,
- Arbeiter und Angestellte sowie deren Löhne und Gehälter (Bruttolohn) im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen,

- Arbeiter und Angestellte sowie deren Löhne und Gehälter (Bruttolohn) im Oktober nach Arbeitsbereichen und
- Arbeiter und Angestellte nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.

Entgegen der umgangssprachlichen Deutung umfaßte der Begriff Beschäftigtengruppen in der Erwerbstätigenstatistik der DDR nicht alle Gruppierungen der Beschäftigten nach beliebigen Merkmalen (wie etwa Alter, Geschlecht o.ä.), sondern lediglich Gruppierungen nach aus dem Arbeitsprozeß abgeleiteten Merkmalen. Bis einschließlich 1962 wurden folgende Beschäftigtengruppen gebildet:

- industrielles Personal
differenziert nach Produktionsarbeiter, Technisches Personal, Wirtschaftler und Verwaltungspersonal, Hilfs- und Betreuungspersonal, Betriebsschutz
- nichtindustrielles Personal
differenziert nach Personal für Bauproduktion, Personal bei Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten, Personal in der Berufsausbildung, sonstiges nichtindustrielles Personal.

Ab 1963 wurden die Beschäftigten innerhalb zweier großer Gruppen über ihre Struktureinheiten Arbeitsbereichen zugeordnet. Es wurden unterschieden:

- Beschäftigte für wirtschaftsbereichstypische Leistungen
 - Produktion, Zwischenlagerung, Reparaturen, Transport
 - Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Projektierung
 - Lenkung und Leitung der Produktion
 - Hauptbuchhaltung, kaufmännische Leitung, allgemeine Verwaltung.
- Andere Beschäftigte
 - Betriebssicherheit
 - Berufsausbildung
 - Leistungen anderer Wirtschaftsbereiche, Dienstleistungen, Arbeiterversorgung.

Innerhalb der Arbeitsbereiche wurden die Beschäftigten für wirtschaftsbereichstypische Leistungen nach einem Merkmalskonglomerat aus Qualifikation, Tätigkeit und Entlohnung weiter untergliedert (soweit zutreffend) nach

- Produktionsarbeiter
- Ingenieurtechnisches Personal
 - darunter Meister
- Wirtschaftler
- Verwaltungs-, Hilfs- und Abrechnungspersonal.

Die in den Jahren 1971 bis 1974 als Zwischenlösung eingeführten Arbeitsbereiche waren wie folgt differenziert:

- direkt in der Produktion
- Forschung und Entwicklung
- Konstruktion
- Projektierung
- Lenkung und Leitung
- Ökonomie
- EDV²⁵ einschließlich Vorbereitung
- Materialwirtschaft, Absatz, Kundendienst
- andere Bereiche
 - darunter Bildungswesen.

Mit der Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens von 10. Dezember 1974 wurde eine neue Beschäftigtengruppierung in 1975 für die Bereiche Industrie und Bau verbindlich eingeführt. Die zuständigen Ministerien hatten auf dieser Grundlage zweigspezifische Regelungen zu erlassen. Auf die gleiche Weise sollten bis Jahresende die in der Rahmenrichtlinie fixierten Grundsätze auch auf die Beschäftigtengliederung in allen anderen Volkswirtschaftsbereichen Anwendung finden. Der vom Gesetzgeber vorgegebene Termin wurde jedoch nicht eingehalten. In der Praxis zog sich die Einführung der neuen Beschäftigtengliederung in den Bereichen außerhalb von Industrie und Bauwesen über mehrere Jahre hin. Wie die Erfahrungen lehrten, waren zum Zeitpunkt der Rechtslegung die Schwierigkeiten und Probleme, die aus der erstmaligen Einführung einer einheitlichen Beschäftigtengruppierung in allen Bereichen der Gesellschaft erwachsen, unterschätzt worden.

Die Zuordnung der Beschäftigten erfolgte nach zwei Merkmalen. Das erste Merkmal war die Stellung der Beschäftigten im Arbeitsprozeß. Strukturbezogen (auf Basis der Kostenstellen) wurden die Beschäftigten insgesamt 38 Arbeitsbereichen zugeordnet, die zu folgenden Oberpositionen aggregiert wurden:

- Produktionsdurchführende Bereiche
- Produktionshilfsbereiche
- Produktionsvorbereitende Bereiche
- Leitungs- und produktionssichernde Bereiche
- Beschaffung und Absatz
- Kultur-, Sozialwesen, Betreuungseinrichtungen) wurden
- Kader und Bildung) nicht weiter
- Betriebssicherheit) untersetzt
- übrige Arbeitsbereiche

Das zweite Merkmal war die ausgeübte Tätigkeit, unabhängig davon, wo sie ausgeübt wurde. Die Zuordnung erfolgte personenbezogen auf der Grundlage der Arbeitsaufgabe. Die im Folgenden genannten Tätigkeitshauptgruppen wa-

²⁵ Elektronische Datenverarbeitung.

ren nicht nur verbal definiert, sondern auch mittels der Positionen der Tätigkeitssystematik präzise bestimmt (ein sogenannter Verbindungsschlüssel war Bestandteil dieser Systematik):

- Produktionspersonal
 - Produktionsarbeiter
 - Ingenieurtechnisches Personal
- Produktionsvorbereitendes Personal
- Leitungs- und Verwaltungspersonal
- Betreuungspersonal
- Pädagogisches Personal
- Übriges Personal

Mit der Anordnung Nr. 2 vom 13. Oktober 1982 wurden ab 1983 folgende Veränderungen wirksam. Erstens wurde die Tätigkeitshauptgruppe LVP in Leitungspersonal und Verwaltungspersonal aufgespalten. Zweitens wurde das EDV-Personal aus dem LVP herausgelöst und als selbständige Tätigkeitshauptgruppe etabliert. Bis dahin war man davon ausgegangen, daß bei der Anwendung der EDV Leitungs- und Verwaltungsarbeiten in einem solchen Maße überwogen, daß eine Zuordnung zum LVP gerechtfertigt erschien. Mit der immer breiteren EDV-Anwendung war diese Prämisse aber nicht aufrecht zu erhalten. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, ist auf diese methodische Veränderung besonders zu achten, wenn mit Originalergebnissen gearbeitet wird. Die Differenzierung der Arbeiter und Angestellten nach Tätigkeitshauptgruppen ist u.a. „eine gute Basis, um jeweils den Einfluß moderner Technologien auf Struktur, Qualifikation und Inhalt der Arbeit einzuschätzen“ (Schäfer/Wahse 1990, Seite 72).

Schichtberichterstattung

Kurzporträt

Formblätter: 101-2, 101-21

Periodizität: jährlich per 31.5., zusätzlich Formblatt 101-2 per 30.11.

Befragtenkreis: zentralgeleitete Industrie- und Bauunternehmen, bezirks- und kreisgeleitete Bauunternehmen (101-2), örtlich geleitete Industrieunternehmen (101-21)

Repräsentationsgrad: 22,1 %

Erfafte Merkmale: Produktionspersonal (darunter an Maschinen und Anlagen, darunter mit Kontroll- und Überwachungsfunktionen, weibliches Produktionspersonal) nach Schichtsystemen (einschichtig, zweischichtig, ...) mit Nacherhebung für das Vorjahr - auf Formblatt 101-21 verkürztes Erfassungsprogramm. Nur auf Formblatt 101-2 und nur per 31.5.: Produktionspersonal in Hilfsprozessen (darunter an Maschinen und Anlagen, darunter mit Kontroll- und Überwachungsfunktion) differenziert nach Transport und Reparatur und in dieser Differenzierung nach Schichtsystemen.

Die Erhebung war die Grundlage für die Ermittlung des Schichtkoeffizienten, des Mechanisierungsgrades der Arbeit und des Automatisierungsgrades der Arbeit. Angaben über die Schichtarbeit wurden zunächst in der Jahreserhebung der Industrie, 1961 bis 1963 in der Arbeitskräfteberichterstattung erfaßt. Als selbständige Erhebung wurde die Schichtberichterstattung erstmals 1964 durchgeführt, bis 1969 einmal jährlich im Monat Oktober. 1970 bis 1972 wurde dreimal jährlich erhoben (zusätzlich im Februar und im Juli), 1973 bis 1975 wieder jährlich, jedoch im Monat Mai und ab 1976 erfolgte die Erfassung wie im Kurzporträt dargestellt. 1975 wurde die Schichtberichterstattung um Erfassungsmerkmale aus der 1973 letztmalig selbständig durchgeführten Erhebung über die Produktionsarbeiter nach der Art ihrer Tätigkeit erweitert. Die Ausdehnung der Berichtspflicht auf die Bauwirtschaft wurde erst 1985 vorgenommen. Ab diesem Jahr wurde auch ausschließlich nach Schichtsystemen (s.o.) erfaßt. Bis letztmalig 1983 erfolgte die Erfassung der Schichtbesetzung bzw. Schichtstärke (Produktionsarbeiter bzw. Produktionspersonal in der 1., 2. und 3. Schicht); Angaben zu den Schichtsystemen wurden durch Berechnung gewonnen. 1984 beinhaltete die Erhebung Kennziffern zur Schichtbesetzung und zu den Schichtsystemen.

Normenberichterstattung

Kurzporträt

Formblatt: 153

Periodizität: jährlich für den Monat April

Befragtenkreis: Volkseigene Unternehmen der Industrie und des Bauwesens (ohne Landtechnik, Meliorationsbau), Produktionsunternehmen der Konsumgenossenschaften, Molkereigenossenschaften; generell nur Unternehmen ab 100 Beschäftigte

Repräsentationsgrad: nicht zu ermitteln, da fast ausschließlich Zeitkennziffern Gegenstand der Erhebung waren.

Erfasste Merkmale: tatsächlich geleistete Arbeitszeit des Produktionspersonals, der Produktionsarbeiter und des ingenieurtechnischen Personals, darunter nach Arbeitsnormen geleistete Arbeitszeit; für Produktionsarbeiter, die nach Mengennormen arbeiteten: Zeitvorgaben, tatsächlich geleistete Arbeitszeit, Normerfüllung nach Qualitätsstufen der Arbeitsnorm; nach Mengennormen arbeitende Produktionsarbeiter nach Gruppen der Normerfüllung; Zeitangaben für Produktionsarbeiter und ingenieurtechnisches Personal, die nach Besetzungsnormen arbeiteten, nach Qualitätsstufen der Arbeitsnorm

Die Normenberichterstattung hat aus der Sicht der Erwerbstätigenstatistik peripheren Charakter, ist ihr aber dennoch zuzurechnen. Die mit ihr erfaßten Daten liefern Aussagen über interessante arbeitsökonomische Aspekte der Nutzung des Arbeitsvermögens.²⁶ Angaben über Arbeitsnormen, ihre Qualität, Anwendungsbreite und Erfüllung wurden 1950 bis 1957 im fachlichen Berichtswesen (Ministerium für Industrie, später Ministerium für Arbeit) erhoben. Im Zuge der Zentralisation des Berichtswesens wurde die Erhebung 1958 von der SZS übernommen. Die Berichterstattung wurde außer in den Bereichen Industrie und Bau 1960 bis 1967 auch im Bereich Verkehr durchgeführt. 1965 bis 1972 war die Berichtspflicht auf Unternehmen ab 50 Beschäftigte begrenzt, ab 1973 galt die o.g. Begrenzung. Während im fachlichen Berichtswesen die Daten in vierteljährlicher Periodizität für das gesamte Jahr erhoben wurden, erfolgte 1958 bis einschließlich 1968 die Erfassung nur noch für einen (wenn auch im Laufe der Jahre wechselnden) Monat eines jeden Quartals. 1969 bis 1972 wurde die Erfassung auf die Monate April und Oktober beschränkt, ab 1973 galt die für 1989 genannte Regelung. Die Ergebnisse der Normenberichterstattung sind die einzigen der Erwerbstätigenstatistik, die mathematisch-statistische Berechnungen enthalten (absolute und relative Streuung der Normerfüllung).

Qualifikationsberichterstattung

Kurzporträt

Formblatt: 993

Periodizität: jährlich per 31. Oktober

Befragtenkreis: Volkseigene Unternehmen und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche (ohne: Land- und Forstwirtschaft, Gemeinden unter 2 000 Einwohner), Konsumgenossenschaften, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Repräsentationsgrad: 79,9% (einschließlich Land- und Forstwirtschaft, siehe Anmerkungen)

Erfaßte Merkmale: Arbeiter und Angestellte (Personen) am 31.10., darunter weiblich, Jugendliche, Ausländer nach Qualifikationsstufen (Hochschulabschluß, Fachschulabschluß, Meisterabschluß, Facharbeiterabschluß, Teilausbildung, ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung); Produktionsarbeiterinnen nach ihrer Qualifikation; besetzte Planstellen bzw. Arbeitsplätze am 31.10. in der Differenzierung nach der erforderlichen Qualifikation sowie deren Besetzung nach Qualifikationsstufen, jeweils darunter: qualifikationsgerecht eingesetzt; Absolventenzugänge aus dem

²⁶ Unter Arbeitsvermögen verstand man die Summe der im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß anwendbaren Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft (= arbeitsfähige Bevölkerung).

Hoch- bzw. Fachschuldirektstudium (vom 1.11. des Vorjahres bis 31.10. des Berichtsjahres) nach Fachrichtungsgruppen, insgesamt, darunter weiblich; Schulungsteilnehmer in der Ausbildung (1.9. Vorjahr bis 31.8. Berichtsjahr) nach vorhandener und angestrebter Qualifikationsstufe, insgesamt und weiblich, im Berichtszeitraum begonnen und erfolgreich beendet; Schulungsteilnehmer in der Weiterbildung insgesamt, darunter weiblich, nach Stufen der vorhandenen Qualifikation, Jugendliche; Schulungsteilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen auf speziellen Gebieten (Mikroelektronik, Rechentechnik, Kommunikationstechnologie etc.).

Historie, Anmerkungen

Der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft wurde im Rahmen der Landwirtschaftsstatistik mit Formblatt 576 gesondert befragt. Die Daten wurden in die Ergebnisse der Qualifikationsberichterstattung eingespielt. Bei der Auswertung der Originalergebnisse ist jedoch auf eine Besonderheit zu achten. Die in den Ergebnistiteln und -tabellen angegebene Bezugsgröße Arbeiter und Angestellte gilt nicht für den Bereich Land- und Forstwirtschaft. Da mit Formblatt 576 auch Genossenschaften erfaßt wurden und diese die Qualifikationsstruktur auch der Genossenschaftsmitglieder abrechneten, beziehen sich die Angaben für die Land- und Forstwirtschaft auf die ständig Berufstätigen.

Die erste selbständige Erhebung über die Qualifikation der Beschäftigten wurde 1953 für die zentralgeleitete Wirtschaft durchgeführt und ab 1955 auf die gesamte volkseigene Wirtschaft ausgedehnt. Bis dahin wurde zweimal jährlich erhoben, ab 1956 jährlich per 31.10. (mit Ausnahme von 1958 - die Erhebung wurde auf den 15. Februar 1959 verschoben). Während bis 1958 die Fachorgane wesentlich bei der Durchführung der Erhebung mitwirkten (Aufbereitung), trug mit Beginn der zweiten Periode (1959) die SZS die alleinige Verantwortung für die im Laufe der Jahre unter fünf verschiedenen Bezeichnungen durchgeführte Erhebung. Sehr unterschiedlich waren auch die Erfassungsmerkmale im Zeitverlauf. Zunächst wurden Angaben über Hoch- und Fachschulkader (bis 1967 auch als technische und wissenschaftliche Fachkräfte bezeichnet), Beschäftigte im Fernstudium an Hoch- und Fachschulen sowie Absolventen aus dem Direktstudium an Hoch- und Fachschulen erfaßt. Ab 1964 kamen Angaben über Meister hinzu, 1966 beginnend erfolgte eine Gegenüberstellung der vorhandenen und der erforderlichen Qualifikation und ab 1971 wurden die Erfassungsmerkmale auf die gesamte Qualifikationsstruktur ausgedehnt. Angaben zum Leitungspersonal wurden ab 1974 erhoben. Außerdem wurden im Rahmen der Qualifikationsberichterstattung zeitweilig Angaben zu weiteren Merkmalen zusätzlich erfaßt. Als wesentlich sind hier zu nennen die Erfassung des Standes der Aus- und Weiterbildung der Führungskader 1968 bis 1971 sowie die Darstellung der Qualifikationsstruktur nach Arbeitsbereichen in den Jahren 1971 bis einschließlich 1974. Hinzu kam die gelegentliche Erfassung zu weiteren Merkmalen, wie z.B.

- im Jahr 1956 die Erfassung der Absolventen im Zeitraum 1951 bis 1955,
- 1967 die zusätzliche Erfassung nach Gruppen der Abschlußjahre oder
- die Erfassung der Facharbeiter nach Berufen im Jahre 1971.

In völlig neuer Gestalt wurde die Erhebung ab 1976 durchgeführt. Die bis 1975 praktizierte Differenzierung der Beschäftigten mit Hoch- oder Fachschulabschluß nach der Fachrichtung (in unterschiedlicher Graduierung) kam in Wegfall. Die bereits erwähnte und bis dahin selbständige Erhebung über die Erwachsenenqualifizierung (zuletzt Formblatt 811-5) wurde in wesentlich vereinfachter Form in die Qualifikationsterichterstattung integriert. Hinzu kam eine wichtige methodische Vervollkommnung. Bis 1975 wurden nur jene Beschäftigten als Facharbeiter abgerechnet, die im erlernten Beruf oder artverwandt tätig waren. Waren sie dies nicht, galten sie als Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung. 1976 beginnend wurden auch die Facharbeiter insgesamt, unabhängig vom Verhältnis Beruf-Tätigkeit, abgerechnet.

Datenzugriffsmöglichkeiten

Im Folgenden wird eine kurze Übersicht über die vorhandenen Daten und die entsprechenden Fundstellen (ohne Berücksichtigung des Statistischen Jahrbuchs der DDR) gegeben. Zunächst zu den Ergebnissen der Rückrechnungsarbeiten im StBA, Zweigstelle Berlin. Sie sind vollständig im Heft 14 der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR wiedergegeben (StBA 1994). Dabei handelt es sich um folgende Angaben:

- Erwerbstätige insgesamt nach der Stellung im Beruf 1985, 1988 und 1989 nach Ländern und Rechenbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung,
- Erwerbstätige insgesamt und nach der Stellung im Beruf für die Jahre 1970, 1975 und 1980, Beitrittsgebiet insgesamt nach Rechenbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Länder insgesamt sowie
- Erwerbstätige insgesamt nach Ländern für die Jahre 1950, 1955, 1960 und 1965.

Die Zuordnung zu den Rechenbereichen erfolgte auf der Grundlage der BRD-Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). Auf der gleichen Grundlage, allerdings in größerer Verdichtung, wurden Kreisdaten für das Jahr 1989 durch die Statistischen Landesämter mit Unterstützung der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes rückgerechnet. Die Daten liegen bei den Statistischen Landesämtern und beim StBA Wiesbaden vor.

Im Verlauf der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten gingen sämtliche Archivalien vom Statistischen Amt der DDR in den Archivbestand der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes über. Damit lagert dort²⁷ der

²⁷ **Nach den bisherigen Planungen wird die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bun-**

mit Abstand umfangreichste Teil des Datenbestandes der amtlichen Statistik der DDR. Es handelt sich dabei z.B. um rd. 36 500 statistische Analysen, Text und Zahlenberichte aller Statistikbereiche (auch als Dokumente bezeichnet). Mehrheitlich sind es, zumindest aus der Sicht der Erwerbstätigenstatistik, zentrale Erhebungsergebnisse (also „DDR insgesamt“), seltener liegen Bezirks- oder gar Kreisergebnisse vor. Territorialergebnisse sind vorrangig in den Statistischen Landesämtern archiviert. Die Datenbestände aus der Erwerbstätigenstatistik sind im Handbuch der Erwerbstätigenstatistik der ehemaligen DDR (Fritz 1996 u.a., Teil F) ausführlich dokumentiert. Erstens sind dies in der Kategorie Sammelbände und andere Querschnittsdarstellungen 52 Berichtstitel (ein Berichtstitel umfaßt die Dokumente gleichen Inhalts aus verschiedenen Berichtszeiträumen) sowie Berichtstiteln nicht zuordenbare oder nicht zugeordnete einzelne Dokumente. Dazu gehören solche Titel wie beispielsweise das Jahrbuch Arbeitskräfte und Löhne oder die Kennziffersammlung Sozialstatistik. Zweitens handelt es sich um Originalergebnisse in Papierform (insgesamt 227 Berichtstitel und Einzeldokumente), die in der Gruppierung nach Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik dokumentiert wurden. Die Ergebnisse der beiden nur zeitweilig existierenden Erhebungen (Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit, Erwachsenenqualifizierung) wurden den Ergebnissen jener Berichterstattungen zugeordnet, in die sie integriert wurden (Schichtberichterstattung, Qualifikationsberichterstattung). Monatsergebnisse und Ergebnisse der Quartale I bis III werden gegenwärtig kassiert, ausgehend von der Annahme, daß künftig ausschließlich Jahresergebnisse benötigt werden. Schließlich liegen drittens noch 196 Originalergebnisse auf Filmen vor (ein Film entspricht einem Dokument). Allerdings konnten bei der Dokumentation der Erwerbstätigenstatistik im Jahr 1996 aus Aufwandsgründen Doppelungen zu den Ergebnissen in Papierform nicht vermieden werden, so daß dort noch 562 Filme aufgeführt wurden. Nach Abschluß der Dokumentationsarbeiten wurde der Archivbestand auf jene Filme reduziert, die nicht in Papierform vorliegende Ergebnisse enthalten.

Über den Archivbestand hinaus gibt es in der zuständigen Abteilung der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes noch einen sogenannten PC-Datenbestand. Er enthält für das Jahr 1989 Kreisangaben, und zwar

- aus der Berufstätigenerhebung Angaben über die Berufstätigen insgesamt (ohne Lehrlinge) nach Wirtschaftsbereichen (wirtschaftssystematische Gliederung der DDR) und
- aus der Qualifikationsberichterstattung Angaben über die Arbeiter und Angestellten nach sechs Qualifikationsstufen.

desamtes 1999 nach Bonn verlegt, mit ihr voraussichtlich auch die Fachbibliothek. Die Datenbestände der amtlichen DDR-Statistik aus dem Archiv der Zweigstelle („Altbestand“) werden dem Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, übergeben. Der Zeitpunkt der Übergabe war in der Entstehungsphase der vorliegenden Arbeit noch nicht bekannt.

Im StBA Wiesbaden liegen zwei Kategorien von gesicherten Einzeldaten (Unternehmensangaben) in maschinenlesbarer Form vor. Es handelt sich dabei erstens um die Erhebungsdatenbestände bestimmter Jahre. Für die Erwerbstätigenstatistik; sind das im Einzelnen die Daten der

- Berufstätigenerhebung (9155) für die Jahre 1975, 1980, 1983 - 1989,
- Arbeitskräfteberichterstattung (9152) für die Jahre 1974, 1975, 1980 - 1989,
- Beschäftigtengruppenerhebung bzw. **Berichterstattung über die Arbeiter** und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen (9158) für die Jahre 1978 - 1989,
- Schichtberichterstattung (9161) für die Jahre 1984 - 1989,
- Normenberichterstattung (9162) für die Jahre 1985 - 1989 und
- Qualifikationsberichterstattung bzw. Qualifikation, **Qualifikationsgerechter** Einsatz sowie Aus- und Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten (9518) für die Jahre 1980, 1987 - 1989.

Die Klammerangabe hinter der Erhebungsbezeichnung enthält die sogenannte Auftragsnummer, die zur Identifikation bei der maschinellen Bearbeitung der Daten dient. Alle genannten Datenbestände (außer die der Normenberichterstattung) wurden auch den Statistischen Landesämtern für ihr Territorium zur Verfügung gestellt.

Zweitens wurden die Daten der Zentralen Datenbank Statistik gesichert, die Angaben der Unternehmen aus den Bereichen Industrie und Bau enthalten, wobei die aus einzelnen Erhebungen eingespeicherten Kennziffern eine unterschiedliche Speicherdauer (in Abhängigkeit vom ersten eingespeicherten Berichtszeitraum bzw. Stichtag) haben. Der Abrechnungszeitraum/Stichtag für die ersten eingespeicherten Kennziffern liegt für die

- Arbeitskräfteberichterstattung im Jahr 1971,
- Beschäftigtengruppenerhebung im Jahr 1975,
- Schichtberichterstattung im Jahr 1976,
- Normenberichterstattung im Jahr 1974 und
- Qualifikationsberichterstattung im Jahr 1973.

Der Vollständigkeit halber sei noch der Bereich Landwirtschaft in der Zentralen Datenbank Statistik erwähnt. Dort sind Daten über Anzahl und Ausbildungsstand der ständig Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen Land- und Forstwirtschaft aus der Berichterstattung auf Formblatt 576 gespeichert, frühestens ab Abrechnungsjahr 1977.

Die Nutzung des PC-Kreisdatenbestandes sowie der Einzeldatenbestände ist unter Berücksichtigung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes sowie durch Auftragstellung an das StBA Wiesbaden oder seine Zweigstelle Berlin und Erstattung der Kosten möglich. Nähere Aufschlüsse über den Problembereich der Datensicherung vermitteln dem Interessenten der Abschlußbe-

richtet zur Sicherung und Übergabe maschinenlesbarer Datenträger (StaBA 1994) sowie die Arbeit von Oertel (1996).

Besonderheiten der Datenauswertung

Auf eine ganze Reihe von spezifischen Aspekten der Erwerbstätigenstatistik, die bei der Arbeit mit Originalergebnissen zu beachten sind, wurde in den bisherigen Darlegungen bereits aufmerksam gemacht. Rahmenbedingungen besonderer Art und aus der Sicht der amtlichen Statistik der DDR allgemeinen Charakters sollen im Folgenden kurz beschrieben werden. Es handelt sich dabei um die zur sogenannten vereinfachten Planung synchron ins Leben gerufene vereinfachte Abrechnung. Das Anliegen bestand darin, den u.a. durch statistische Erhebungen verursachten Verwaltungsaufwand in kleineren oder z.T. auch mittleren Betrieben nicht unverhältnismäßig anwachsen zu lassen bzw. zu senken. Das geschah durch eine Verringerung des Volumens der abzurechnenden Kennziffern und/oder der Häufigkeit der Erfassung, verbunden mit geringeren Anforderungen an die Nachweisführung auch im Rahmen der Arbeitskräfterechnung. Die ersten diesbezüglichen rechtlichen Festlegungen wurden mit der Verordnung über vereinfachte Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik vom 8. September 1972 und die entsprechende Anordnung vom 22. September 1972 erlassen. Gültig waren die Regelungen zur vereinfachten Abrechnung ab 1973. Einbezogen wurden zunächst örtlich geleitete Betriebe. Ab 1974 erfolgte eine Ausdehnung auf ausgewählte zentral geleitete Betriebe, wobei dieser Betriebskreis jährlichen Änderungen unterworfen war; diese Änderungen hatten jedoch keine gravierenden Auswirkungen auf die Ergebnisse. Wichtig ist es jedoch, bei der Arbeit mit Originalergebnissen darauf zu achten, auf welchen Betriebskreis sich das jeweilige Erhebungsergebnis bezieht (voll abrechnende, vereinfacht abrechnende oder voll und vereinfacht abrechnende Betriebe). Sollte ein direkter Vergleich von Daten durch unterschiedliche Betriebskreise gestört sein, muß ggf. auf die Verwendung absoluter Angaben verzichtet und, so kein kausaler Zusammenhang des betrachteten Merkmals zur Betriebsgröße vorliegt, auf die ausschließliche Betrachtung relativer Werte ausgewichen werden. In der Erwerbstätigenstatistik waren lediglich zwei Erhebungen nicht von den genannten Regelungen tangiert. Es waren dies die Berufstätigenerhebung, die ja (mit den bekannten Einschränkungen) als Totalerhebung konzipiert war, und die Normenberichterstattung. Bei letzterer war dem Anliegen der vereinfachten Abrechnung durch die Begrenzung der Berichtspflicht in Abhängigkeit von der Betriebsgröße bereits Genüge getan; eine Abhängigkeit von Planungsregelungen war außerdem nicht gegeben.

Bis Mitte der achtziger Jahre wurden die Regelungen zur vereinfachten Abrechnung schrittweise abgebaut. In der Erwerbstätigenstatistik fanden sie letztmalig 1984 Anwendung, und zwar bei der Schichtberichterstattung.

Die Dokumentation über die Erwerbstätigenstatistik der DDR

Dem StBA, Zweigstelle Berlin ist es zu danken, daß eine umfangreiche Dokumentation über die Erwerbstätigenstatistik der DDR erarbeitet und herausgegeben wurde (Fritz u.a. 1996). Damit wurde der historischen Forschung ein reichhaltiges Informationsmaterial zur Verfügung gestellt, das durchaus geeignet ist, zu einem sachgemäßen Umgang mit Daten aus der amtlichen DDR-Statistik auf diesem Spezialgebiet beizutragen. Dennoch ist diese Dokumentation trotz ihres ansehnlichen Volumens einer Begrenzung in zweierlei Hinsicht unterworfen. Zum Einen liegt das natürlich im Charakter einer Dokumentation begründet, da ansonsten Übersichtlichkeit und Handhabbarkeit verloren gingen. Andererseits aber resultierten Beschränkungen im vorliegenden Falle aus gewissen Unzulänglichkeiten. Der Archivarbeit wurde im Existenzzeitraum der amtlichen Statistik der DDR bedauerlicherweise nicht immer die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Das führte dazu, daß nicht alles erhalten blieb, was erhaltenswert war. So wurde die Dokumentationsarbeit dadurch erschwert, daß die Unterlagen des Berichtswesens (Formblätter, Richtlinien etc.) auf dem Gebiet der Erwerbstätigenstatistik nicht mehr lückenlos vorhanden sind. Aber selbst Vorhandenes konnte wegen des dazu erforderlichen Zeitaufwandes, sollte nicht das Vorhaben an sich gefährdet werden, nicht bis in Einzelne gesichtet und bewertet werden. So macht die Dokumentation zwar vieles sichtbar, manches Wissenswerte aber mag verborgen geblieben sein. Weitere Recherchen wären daher durchaus wünschenswert. In diesem Sinne müßte die Erwerbstätigenstatistik, die Hilfsmittel bei historischen Forschungen sein soll, und wie versucht wurde nachzuweisen, auch sein kann, selbst zum Gegenstand historischer Forschungen werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die im archivierten Schriftgut enthaltenen Unterlagen des Berichtswesens auch erhalten bleiben und möglichst, da bisher weitgehendst noch nicht geschehen, archivarisches erschlossen werden.

Die gesamte Dokumentation umfaßt insgesamt 10 Bände. Da im Interesse der Nutzer versucht wurde, die einzelnen Bände weitgehend so zu gestalten, daß ihr Gebrauch in dem ihnen jeweils zgedachten Sinne nicht zwingend die Hinzuziehung eines anderen Bandes erfordert, waren gewisse Doppelungen zwischen den Bänden nicht zu umgehen. Ausgehend von der Annahme, daß nicht immer und nicht an jedem Ort alle Bände gleichzeitig zur Verfügung stehen, wurde die damit verbundene Ausweitung des Gesamtumfanges billigend in Kauf genommen. Die Bezeichnung der einzelnen Erhebungen wurde zur besseren Übersichtlichkeit in der gesamten Dokumentation wie auch in der vorliegenden Arbeit in der Regel gleichlautend entsprechend den zuletzt geltenden Bezeichnungen oder üblichen Kurzbezeichnungen vorgenommen. Dabei wurde bewußt ignoriert, daß die tatsächlichen Titel der einzelnen Erhebungen im Verlaufe des behandelten Zeitraumes mehr oder weniger häufig bzw. gravierend davon abwichen.

Einführungsband

Dem Nutzer wird mit dem Einführungsband in erster Linie eine Orientierungshilfe zur sachkundigen Handhabung der Gesamtdokumentation zur Verfügung gestellt. Diesem Zweck dienen die detaillierte Darstellung des Inhalts aller Bände der Dokumentation, ein ausführliches Sachwortverzeichnis sowie eine chronologische Übersicht zu ausgewählten wichtigen Eckpunkten der Geschichte der amtlichen Statistik und der Erwerbstätigenstatistik der DDR. Darüber hinaus enthält der Einführungsband weitere wichtige Dokumente zum Verständnis der Erwerbstätigenstatistik und zur Arbeit mit ihren Ergebnissen, deren Wiedergabe unverzichtbar ist, die aber in den anderen Bänden der Dokumentation nicht sinnvoll anzusiedeln waren. Es sind dies wichtige Rechtsgrundlagen, die vollständig oder auszugsweise wiedergegeben werden, die Nomenklaturen zur wirtschaftssystematischen Ergebnisgliederung im historischen Wandel sowie eine Methodik der Bilanz der Bevölkerung und der Arbeitskräftereserven. Im Anhang ist eine Übersicht über jene Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik und ihrer Randgebiete enthalten, die in der Dokumentation keine Berücksichtigung fanden.

Handbuch

Kernstück der gesamten Dokumentation ist das Handbuch. Es enthält, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, für den gesamten Zeitraum der Existenz der amtlichen Statistik der DDR eine komplette Übersicht aller im Archiv der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes vorliegenden Originalergebnisse und Sammelbände bzw. Querschnittsdarstellungen mit Angaben aus der Erwerbstätigenstatistik. Ausgehend von den auf bisherigen Erfahrungen beruhenden These, daß sich das Interesse der Nutzer auf die achtziger Jahre konzentriert, wurden auch die anderen Teile des Handbuches entsprechend konzipiert. Sie enthalten für den genannten Zeitraum all jene Informationen, die zum Kennenlernen der Erwerbstätigenstatistik und zur Interpretation ihrer Ergebnisse erforderlich sind. Das sind u.a. Erhebungsunterlagen, Definitionen sowie volkswirtschaftliche Systematiken, vollständig oder als Auszug. Weitere Angaben, beispielsweise zur Arbeitskräfteberechnung in Rechnungsführung und Statistik, runden das Bild der Erwerbstätigenstatistik in den achtziger Jahren ab.

Definitionen

Der sogenannte Ergänzungsband **1** enthält auszugsweise Definitionen von Begriffen und Kennziffern der Erwerbstätigenstatistik über vier Jahrzehnte hinweg. Damit wurden wichtige Voraussetzungen für eine sachkundige Ergebnisinterpretation geschaffen sowie Möglichkeiten für Untersuchungen zum historischen Wandel von Begriffs- und Merkmalsinhalten eröffnet.

Die erste Definitionssammlung wurde 1956 für Mitarbeiter der statistischen und planenden Organe herausgegeben. Sie enthielt aber nur Definitionen jener Begriffe, die in der Praxis mit unterschiedlichen Inhalten verwandt wurden. Eine überarbeitete und nahezu auf das Doppelte erweiterte Fassung erschien im Folgejahr. Beide Ausgaben wurden als Manuskript gedruckt von der Statistik herausgegeben. 1960 erschien im Staatsverlag, indem auch alle weiteren Ausgaben aufgelegt wurden, die erste Buchausgabe, der 1962 und 1963 ergänzte und überarbeitete Auflagen folgten. Bereits 1965 erschien eine weitere Neuauflage der „Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik“. Die dazu 1967 herausgegebene Ergänzungsausgabe enthielt erst- und einmalig lediglich die Neuaufnahmen und Veränderungen, so daß sie nur zusammen mit der Ausgabe 1965 zu handhaben war. Die letzte Buchausgabe, jetzt unter dem Titel „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik“, stammt aus dem Jahre 1969 in Gestalt von sieben Broschüren. Die Definitionen zur Erwerbstätigenstatistik findet man in Heft 6. 1973 und 1980 wurden Gesamtausgaben einer zweibändigen Loseblattsammlung herausgegeben, die in den Zwischenjahren jährlich aktualisiert wurden.

Im Ergänzungsband 1 sind Auszüge aus nahezu allen Ausgaben enthalten. Reichen die ausgewählten Definitionen für ein gegebenes Untersuchungsziel nicht aus, so wird der notwendig werdende Rückgriff auf die Originalausgaben durch die Angabe der Fundstellen erleichtert.

Erhebungsunterlagen

Für die sachgerechte und fehlerfreie Erschließung und Auswertung der Originalergebnisse sind neben Kenntnissen über die inhaltliche Abgrenzung der Begriffe und Merkmale auch solche über den methodischen Rahmen der jeweiligen Erhebung, die erfaßten Kennziffern und die Beziehungen zwischen ihnen, den Kreis der Berichtspflichtigen u.ä. erforderlich. Informationen solcher Art sind den Erhebungsunterlagen (Formblätter, Richtlinien, Arbeitsanweisungen) zu entnehmen. Derartige Dokumente wurden daher im Ergänzungsband 2 zusammengefaßt wiedergegeben. Aus naheliegenden, z.T. bereits dargestellten Gründen war eine vollständige Wiedergabe weder möglich, noch zweckmäßig. Es wurde daher der Versuch unternommen, die Erhebungsunterlagen punktuell so auszuwählen, daß typische Entwicklungslinien der Erwerbstätigenstatistik sichtbar bzw. gravierende Veränderungen nachvollziehbar werden. Die weiter vom abgehandelte Periodisierung war dafür eine zweckdienliche Voraussetzung. Zwingend ergab sich daraus die nach Perioden geordnete Dokumentenwiedergabe. Daß schließlich fünf Einzelbände für den Ergänzungsband 2 notwendig wurden, war sowohl dem Bemühen um Handhabbarkeit, als auch technischen Zwängen geschuldet.

Rückrechnungen

Rückrechnungsarbeiten zur Vergleichbarmachung von Daten der amtlichen Statistik der DDR und der BRD sind naturgemäß kein Bestandteil der Erwerbstätigenstatistik der DDR, ihre Dokumentation ist so gesehen in einer Dokumentation der Erwerbstätigenstatistik der DDR deplaziert. Dennoch wurden Dokumentationen zu den vorgenommenen Rückrechnungen in einen Ergänzungsband 3 und einen dazugehörigen Anlageband aufgenommen. Drei Gründe waren es, die dazu bewogen. Zum Ersten: die Beschreibung der verschiedenen zur Vergleichbarmachung der Daten durchgeführten Arbeiten, angewandten Methoden und verwandten Hilfsmittel ermöglicht vertiefende Einblicke in die Erwerbstätigenstatistik der DDR. Gleichzeitig wird zweitens der sachgerechte Umgang mit rückgerechneten Daten gefördert. Sollte künftig ein entsprechender Bedarf auftreten, und das ist der dritte Gesichtspunkt, werden dazu Ansatzpunkte für über die bisherigen Rückrechnungen hinausgehende Näherungsrechnungen und auch für die Einschätzung deren Realisierbarkeit sichtbar.

Standorte der Dokumentation

Die gesamte Dokumentation kann im StBA Wiesbaden und in seiner Zweigstelle in Berlin eingesehen werden. Darüber hinaus verfügen nachfolgend genannte Einrichtungen bzw. Institutionen über alle 10 Dokumentationsbände:

- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Außenstelle Cottbus
- Statistisches Landesamt Berlin
- Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern
- Thüringer Landesamt für Statistik
- Deutscher Bundestag, Bonn, Bibliothek
- Bundesarchiv Koblenz
- Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
- Staatsbibliothek Berlin
- Deutsche Bibliothek Frankfurt/Main
- Deutsche Bücherei Leipzig
- Bayerische Staatsbibliothek, München
- Niedersächsische Landesbibliothek Hannover
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle
- Universitätsbibliothek Freiburg im Breisgau
- Eberhard-Karls-Universität Tübingen
- Universität Potsdam
- Universität Mannheim, MZES-Eurodata
- Haus der Geschichte, Bibliothek zur Geschichte der DDR, Bonn

Der Einführungsband liegt darüber hinaus in ca. **100** weiteren Institutionen und Einrichtungen, vorzugsweise Universitäten und Hochschulen, vor. In begrenztem Umfang kann noch eine Lieferung von einzelnen Bänden oder der gesamten Dokumentation erfolgen. Bestellungen können gerichtet werden an: Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin, IX AG **11**, Otto-Braun-Str. **70/72**, **10178** Berlin.

Abkürzungen

AB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg
AKB	Arbeitskräfteberichterstattung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BTE	Berufstätigenerhebung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaften
GAV	Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
LVP	Leitungs- und Verwaltungspersonal
SAL	Staatssekretariat für Arbeit und Löhne
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
StBA	Statistisches Bundesamt
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VbE	Vollbeschäftigteneinheit
VEB MR	Volkseigener Betrieb Maschinelles Rechnen
VVB MR	Vereinigung Volkseigener Betriebe Maschinelles Rechnen
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Literatur

- ANGERMANN, O.:** Sammlung, Sicherung und Rückrechnung von statistischen Angaben über die ehemalige DDR, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), **78.** Band, Nr. **3/1994**, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. **340 - 349**
- DIETZ, F./RUDOLPH, H.:** Berufstätigenerhebung und der Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“, Statistische Grundlagen zu wichtigen Strukturen der Erwerbstätigen in der vormaligen DDR, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, **23.** Jg., Nr. **4/1990**, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. **511 - 518**

- DONDA, A.** (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft, Rechnungsführung und Statistik; 2., überarbeitete Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1987
- FISCHER, P.:** Entwicklung der amtlichen Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR - 1945 - 1990 -, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 213, Nr. 5/1994, G. Fischer Verlag, Stuttgart, S. 597 - 617
- FREICH, J./FREY, M.:** Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München 1996
- FRITZ, W.:** Die weitere Vervollkommnung der statistischen Informationen über die Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitshauptgruppen und Arbeitsbereichen - ein Beitrag zur Erhöhung der Effektivität der Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, Hochschule für Ökonomie, Berlin 1988
- FRITZ, W. U. a.:** Handbuch der Erwerbstätigenstatistik in der ehemaligen DDR, 10 Bände, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.), Berlin 1996
- GÜTTLER, M.:** Die Datenverarbeitung im statistischen Informationssystem der DDR, Ein Beitrag zur deutschen Vereinigung und zur Geschichte der Informatik, Technische Universität Berlin (Hrsg.), Forschungsberichte des Fachbereichs Informatik, Bericht 36/1990
- GÜTTLER, M.:** Das statistische Informationssystem der DDR, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 76. Band Nr. 1/1992, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 175 - 193
- GÜTTLER, M.:** Das statistische Informationssystem der DDR, Ein Beispiel für die Grenzen computergestützter Entscheidungsunterstützung, Technische Universität Berlin (Hrsg.), Forschungsberichte des Fachbereichs Informatik, Bericht 2/1992
- GÜTTLER, M.:** Die Grenzen der Kontrolle, Das statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR, in: Die Grenzen der Diktatur, Staat und Gesellschaft in der DDR, Bessel, R./Jessen, R. (Hrsg.), Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1996, S. 253-273
- HAGN, H. U. a.:** 75 Jahre Statistisches Landesamt in Thüringen; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.), Erfurt 1996
- HENNIG, I.:** Die statistische Abrechnung der territorialen Bilanzentscheide - eine wichtige Aufgabe zur Vervollkommnung der Arbeitskräfteplanung, in: Statistische Praxis, 26. Jg., Nr. 12/1971, S. 642, 643
- HOLDER, E.:** DDR-Statistik - Schein und Wirklichkeit, in: Statistik in bewegter Zeit, Ehrengabe zum 65. Geburtstag von Egon Holder, Metzler-Poeschel, Stuttgart 1992, S. 303 - 310
- HÜLSER, O.:** Frauenerwerbstätigkeit im Transformationsprozeß der deutschen Vereinigung, Ein Ost-West-Vergleich zu den Bedingungen der Erwerbstätigkeit von Frauen im geteilten und vereinigten Deutschland; Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 194, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Nürnberg 1996

- JANKE, B./EBERT, M.:** Von „jeder zweiten“ Frau zu „neun von zehn“ Frauen - der Arbeitsmarkt gekennzeichnet durch viele berufstätige Frauen, in: Im Traubi durch die Zeit: 40 Jahre Leben in der DDR, E. Holder (Hrsg.), Metzler-Poeschel, Stuttgart 1992, S. 77 - 95
- KAISERLICHES STATISTISCHES AMT** (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet des Kaiserlichen Statistischen Amtes nach dem Stande des Jahres 1912, Statistik des Deutschen Reichs, Band 201, Verlag von Puttkammer u. Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin 1913
- KELLERHOFF, S. F.:** Es gibt keine echte Revolution ohne Straßenumbenennungen, Der 41. Deutsche Historikertag über Denkmalstürze, Berufsstatistiken und DDR-Mythen im Rückspiegel, in: Berliner Zeitung, 52. Jg., Nr. 224/1996 v. 24.09., S. 27
- KLESSMANN, ChVSABROW, M.:** Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 39/96 v. 20. September 1996, S. 3 - 14
- KOCKEL, K.:** Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 76. Band, Nr. 1/1992, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 1 - 13
- LACHNIT, A.:** Das Rückrechnungsprojekt des Statistischen Bundesamtes, in: Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR - Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin -, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), Metzler-Poeschel, Stuttgart 1993, S. 65 - 72
- LIPPE, P. M. von den Wirtschaftsstatistik;** 5., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage, Lucius und Lucius, Stuttgart 1996
- LUDWIG, U.:** Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der ehemaligen DDR bis zur Vereinigung, in: Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit; Merk, H. G. (Hrsg.), Metzler-Poeschel, Stuttgart 1994, S. 93 - 126
- LUDWIG, UVSTÄGLIN, R./STAHMER, C.:** Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 163, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Duncker und Humblot, Berlin 1996
- OERTEL, I.:** Abschluß der Sicherung und Archivierung der gespeicherten ehemaligen DDR-Statistiken auf elektronischen Datenträgern und Ausblick auf weitere Archivierungsarbeiten, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 80. Band, Nr. 2/1996, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 251 - 260
- RATHJE, U.:** Der „Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ der DDR, in: Historische Sozialforschung, 21. Jg., Nr. 2/1996, S. 113 - 118
- RESOLUTION** zur Sicherung und Dokumentation der statistischen Datenbestände der DDR, verabschiedet von der Mitgliederversammlung während des 40. Historikertages in Leipzig am 30.09.1994, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 42. Jg., Nr. 11/1994, S. 999. 1000

- RICHTER J.:** Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR von 1945 bis 1981 - Dokumentation -, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.), Berlin 1996
- RUDOLPH, H.:** Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23. Jg., Nr. 4/1990, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 474 - 503
- SCHADE, G.:** Erwerbstätigkeit in der Stadt Pötsdam; Erwerbstätige, Arbeitsspendler, Arbeitslose, Erwerbsquoten - gestern - heute - morgen -, Eine statistische Dokumentation, Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 1/1996, Stadtverwaltung Potsdam, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen (Hrsg.)
- SCHÄFER, R./WAHSE J.:** Prognostische Einschätzung des Einflusses moderner Technologien auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen in der DDR, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23. Jg., Nr. 1/1990, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 68 - 79
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, (Hrsg.):** Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, 3. Jg., VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1958
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, (Hrsg.):** Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1962, 7. Jg., VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1962
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, Zentrales Zählbüro (Hrsg.):** Zusammenfassende Darstellung und Materialien zu den Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen der Deutschen Demokratischen Republik, Teile I bis V, Berlin 1979 (Teil I), 1983 (Teile II und III) und 1984 (Teile IV und V)
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, Abteilung, Planung, Koordinierung und Kontrolle (Hrsg.):** Zentrale Datenbank Statistik (ZDB), Kennziffern der Datenbank-Dateiverzeichnis -, Teil I; B: Datenbestand Industrie und Bauwesen (IND/BAU), Nutzerhinweise, Grund-Kennziffern, Berlin 1988
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, Abteilung Planung, Koordinierung, Kontrolle (Hrsg.):** Übersicht der Berichterstattungen des zentralisierten Berichtswesens 1989, Berlin 1988
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, (Hrsg.):** Information zur Entwicklung der Struktur der Arbeiter und Angestellten nach Verantwortungsbereichen, Berlin 1988
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK, (Hrsg.):** Information zur Entwicklung des Leitungs- und Verwaltungspersonals per 31.03.1988 (internes Material der SZS, das lediglich dem Ministerium der Finanzen und der Staatlichen Plankommission übergeben wurde), Berlin Juni 1988

- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK**, (Hrsg.): Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik, Loseblattsammlung, Staatsverlag, Berlin, Stand 1989
- STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK**, Inspektion für Berichtswesen (Hrsg.): Übersicht der Berichterstattungen des fachlichen Berichtswesens 1989/1990, Sachgebiet Arbeitskräfte/Löhne, Berlin 1989
- STATISTISCHES BUNDESAMT**, Zweigstelle Berlin (Hrsg.): Dokumentation Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981 in der ehemaligen DDR, Teile 1 und 2, Berlin 1993
- STATISTISCHES BUNDESAMT**, Zweigstelle Berlin (Hrsg.): Abschlußbericht zur Sicherung und Übergabe maschinenlesbarer Datenträger aus dem Statistikdatenbestand der ehemaligen DDR, Berlin 1994
- STATISTISCHES BUNDESAMT**, (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 15, Wiesbaden 1994
- STATISTISCHES BUNDESAMT**, (Hrsg.): Erwerbstätige 1950 bis 1989, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 14, Wiesbaden 1994
- STATISTISCHES REICHSAMT** (Hrsg.): Tabellarische Übersicht über das Arbeitsgebiet des Statistischen Reichsamts, in: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 48. Jg., Nr. 1/1939, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin, S. I. 3 - I. 12
- VOGEL, F./GRÜNEWALD, W.**: Kleines Lexikon der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, R. Oldenbourg Verlag, München 1996
- WINKLER, W.**: Grundriß der Statistik, Teil I Theoretische Statistik, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft, Band XLVI; Spiethoff, A. (Hrsg.), Verlag von Julius Springer, Berlin 1931

Rechtsgrundlagen

(GBl. = Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik)

- Durchführungsbestimmung für die Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan 1950 - Industrie, Materialverteilung in der Industrie und Arbeitskräfte - vom 23. März 1950, in: GBl. Nr. 37, S. 275/276
- Bekanntmachung des Beschlusses über die Erhebung der Beschäftigten in der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. Juli 1952, in: GBl. Nr. 89, S. 545
- Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie - Beschäftigtengruppenkataloge - vom 26. April 1962, in: GBl. II Nr. 29, S. 271 - 275

- Verordnung über vereinfachte Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik vom 8. September 1972, in: GBl. II Nr. 56, S. 609/610
- Anordnung über vereinfachte Anforderungen an die Erfassung und Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik vom 22. September 1972, in: GBl. II Nr. 56, S. 610-624
- Anordnung Nr. 2 über vereinfachte Anforderungen an die Erfassung und Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik vom 29. Dezember 1972, in: GBl. I Nr. 5 (1973), S. 60-68
- Anordnung Nr. 2 über die Einführung und Anwendung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente vom 22. Januar 1974, in: GBl. I Nr. 6, S. 63/64
- Anordnung über die Einführung und Anwendung volkswirtschaftlicher Arbeitssystematiken vom 14. Oktober 1974, in: GBl. I Nr. 53, S. 493
- Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 10. Dezember 1974, in: GBl. I (1975) Nr. 1, S. 1 - 4
- Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik - Beschluß des Ministerrates vom 24. Juli 1975 -, in: GBl. I Nr. 36, S. 639 - 642
- Anordnung Nr. 2 über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 13. Oktober 1982, in: GBl. I Nr. 37, S. 616/617
- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985, in: GBl. I Nr. 23, S. 261 - 267
- Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 6. August 1985, in: GBl. - Sonderdruck Nr. 800/1
- Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik vom 6. August 1985, in: GBl. I Nr. 23, S. 267 - 275